

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 8909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 291 A

BERLIN • Sonntag, den 8. Januar 1933

2 JAHRGANG

### AUS DEM INHALT:

Weltfrieden und Arbeiter-Bewegung.  
Kriegsgegner und Kriegstreiber.  
Ethische Betrachtungen in militärischer Beleuchtung.  
Erfolg der GEG-Angestellten.  
Vom Margarine-Kriegsschauplatz.  
Winterfest im Arbeiterkinderheim.

### Der polnische Korridor.

H. M. Veranlaßt durch die kurze Rede Schleichers am Neujahrstage, in der er auch über die deutsche Außenpolitik sprach, ging die französische Presse in diesen Tagen auf die Frage ein, was für Aussichten am Beginn des neuen Jahres für eine befriedigende Lösung des Abrüstungs- und Sicherheitsproblems bestünden. Selbstverständlich ist der besonders in den vergangenen Wochen in Deutschland wieder hochgepeitschte Groll gegen den polnischen Korridor in Frankreich nicht übersehen worden. Wenn das „Berliner Tageblatt“ schreibt, daß es von dieser Hetze nichts gemerkt habe, so kann man nur sagen, daß die deutschen Zeitungen in Paris aufmerksamer gelesen werden als in der Redaktion des „B. T.“. Allerdings ist es falsch, wenn der „Temps“ schreibt die gesamte Presse, von der Rechten bis zur Linken, beteilige sich an diesem Feldzug. Vorläufig ist die Linkspresse in dieser Hinsicht noch zurückhaltend.

„Temps“ sieht die deutsche Außenpolitik als eine gerade Linie an, die bei Stresemann mit der Ersetzung des Dawes- durch den Young-Plan und der vorzeitigen Räumung des besetzten Gebietes begann, dann von Brüning und Papen weitergeführt wurde, die die Besetzung der Reparationen durchsetzten und auf die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage hinarbeiteten. Schleicher habe die Anerkennung der Gleichberechtigung einstecken können und er setze sich nun folgerichtig als nächstes Ziel der Außenpolitik eine wenigstens teilweise Aufrüstung und die Bereinigung der deutschen Ostgrenzen. Selbstverständlich werde er in Genf nicht so plump vorgehen, daß er unvermittelt die deutschen Forderungen dort anmelde. Vielmehr hoffe er, daß die Frage von selber aufkommen werde, wenn über den französischen Plan verhandelt werde und über das Ost-Locarno, das schon Stresemann abgelehnt habe.

Die Hauptfehler der deutschen Außenpolitik sieht der „Temps“ darin, daß sie „die Sicherheit nicht unter dem allgemeinen Gesichtspunkt sieht, wie Frankreich es tut, indem es von allen Nationen gleiche Garantien fordere, sondern unter dem ausschließlich deutschen Gesichtspunkt“. „Die Deutschen wollen den ausschlaggebenden Teil des konstruktiven Planes Frankreichs — das Prinzip der kontinentalen Organisation der Sicherheit — abbiegen im Interesse ihrer Forderungen betreffend den Osten. ... Für die Deutschen ... ist das Problem der Revision der territorialen Klauseln des Versailler Vertrages schon gestellt.“

„Ere Nouvelle“, das Blatt Herriots, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der bevorstehenden deutschen Forderung betreffend die Revision der Ostgrenzen. Es sagt unter anderem, auf die Revision der Ostgrenzen würde dann die nächste Forderung Deutschlands folgen: die Forderung nach Rückgabe der Kolonien. Aber in diesem Falle würde wohl auch England beginnen, sich zu rühren. „Wie dem auch sei, die verzweifelten Forderungen Deutschlands sind nicht geeignet, eine europäische Verständigung herbeizuführen ...“

Gerade weil wir, angesichts der ungeheuren Kriegsgefahr und angesichts des im Fernen Osten schon wütenden Krieges, eine Verständigung der europäischen Staaten wünschen, eine Verständigung, die wenigstens so weit reicht, daß der Krieg als Mittel der Politik ernsthaft geächtet wird, und weil wir davon überzeugt sind, daß die heutige deutsche Außenpolitik nicht geeignet ist, diese Verständigung herbeizuführen, dürfen wir an den Mängeln der französischen Argumentation nicht vorbeigehen.

In bezug auf die Rüstungsfrage vertreten wir, dem Prinzip nach, die gleiche Forderung wie die französische Regierung: die Abschaffung aller nationalen Streitkräfte und die Einsetzung einer Armee, die die Staaten vor der Vergewaltigung ihrer Interessen schützt. Daß die deutsche Gleichberechtigungsforderung darauf berechnet ist, den angeblichen deutschen Interessen zu genügen und dem berechtigten Interesse aller Staaten und Menschen am Frieden geradezu ins Gesicht schlägt, brauchen wir an dieser Stelle nicht noch einmal nachzuweisen. Die französische Ansicht, daß die deutsche „Gleichberechtigung“ gerade im Interesse des Friedens nicht gewährt werden sollte, ist jedenfalls richtig.

## Die „angedooft“ nationale Einheitsfront.

R. H. Hitler und Papen Arm in Arm, wer hätte das für möglich gehalten nach all den Angriffen, die von Seiten der Nazis gegen Papen erfolgt sind. Aber bei den Nazis ist eben kein Ding unmöglich. Vor wenigen Monaten noch schrieb der „Angriff“ über die „kleine volksfremde reaktionäre Adelsclique“ und die „größenwahnsinnigen Reaktionäre“, die „geschniegelt und gebügelt, als vornehme Kavaliere, etwas breitstelig und andooft, in die gute deutsche Stube“ treten. Aber Herr von Papen ist großzügig und nicht nachtragend: „Herr Hitler hat immer betont, daß sein Kampf niemals meiner Person galt ...“, äußerte er einem Pressevertreter gegenüber. Vielleicht wollte Herr von Papen damit nur die Richtigkeit des über ihn im „Angriff“ gefällten Urteils bestätigen. Kurzum nunmehr geben die beiden deutschen Heroen gemeinsam folgende Mitteilung an die Presse:

„Gegenüber unrichtigen Kombinationen, die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen vielfach verbreitet werden, stellen die Unterzeichneten fest, daß die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront befaßt hat, und daß insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinet im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind.“

Damit werden alle Meldungen des „Völkischen Beobachters“ und des „Angriffs“, die gerade entgegen gesetzt lauteten, dementiert. Der „Völkische Beobachter“ schrieb im November noch, daß Papen „als Partner für ernsthafte politische Verhandlungen nicht in Frage kommt“. Eine Behauptung, der die vollendete Tatsache von Verhandlungen zwischen Hitler und Papen strikt widerspricht. Ebenso wird durch die gemeinsame Verlautbarung Papen-Hitlers die Behauptung des „Völkischen Beobachters“ Lügen gestraft, Papen habe „Wert darauf gelegt, einiges Licht in die Methoden zu bringen, mit denen man heute Reichskanzler werden könne“.

Wie steht es mit der Frage des Korridors? Sollte die in Deutschland geforderte Revision des Versailler Vertrages in bezug auf die Regelung der Ostgrenzen auch im Interesse des Friedens verweigert werden? Weder „Temps“ noch „Ere Nouvelle“ untersuchen diese Frage auch nur. Und doch liegt in der Existenz dieses Korridors eine ständige Quelle von Streitigkeiten, von Gehässigkeiten, der Kriegsgefahr also, eine Quelle, die umso schwerer zum Versiegen zu bringen ist, als jeder Einzelne, der nach Ostpreußen fährt, sich ständig der durch den Korridor hervorgerufenen Schwierigkeiten bewußt wird. Dagegen merkt (abgesehen von den Rüstungsindustriellen) kein Mensch am eigenen Leibe, daß es in Deutschland nicht genügend Mordwerkzeuge gäbe.

Ueber diese Fragen Betrachtungen anzustellen, zu untersuchen, was für berechnete Interessen auf polnischer Seite geltend gemacht werden könnten und was für berechnete Interessen ihnen auf deutscher Seite gegenüberstehen, sollte gerade denen nicht überflüssig erscheinen, die sich rühmen, einen Plan zur Organisation der allgemeinen Sicherheit in Europa ausgearbeitet zu haben. Denn was nützt der beste Plan, wenn zwischen zwei Mächten bestehende Reibungsflächen zugedeckt anstatt durch Verhandlungen beseitigt werden.

Worum es uns hier zu tun ist, ist nicht die bedingungslose Rückgabe des polnischen Korridors an Deutschland. Uns geht es darum, eine für beide Seiten annehmbare Lösung der Frage anzustreben. Diese Lösung wäre überhaupt kein Problem, wenn die Zollmauern und Paßsysteme den zwischenstaatlichen Verkehr nicht so ungeheuer erschwerten. Dann brauchte es nämlich für die Deutschen keine Schwierigkeit zu bedeuten, auf dem Wege nach Ostpreußen polnisches Gebiet zu durchkreuzen. Auch wäre nicht einzusehen, warum Polen unbedingt einen eigenen Zugang zum Meer haben sollte. Die Schweiz, die Tschechoslowakei, Ungarn und Oesterreich haben ja auch keinen Zugang zum Meer. Wenn Polen aber unbedingt einen

Den Vogel schießt aber entschieden Graf Reventlow ab, der in seiner am Freitag abend erscheinenden Wochenzeitung „Der Reichswart“, zwei Tage nach der Verhandlung in Köln und nachdem die „Nationalsozialistische Pressekorrespondenz“ schon alles hatte zugeben müssen, noch naiv schreibt:

„Heute dürfte es wohl wenige geben, die nicht gerade im damaligen Kabinet Papen und seinen Kreis die von Natur gehässigsten Feinde des Nationalsozialismus erblicken und wissen, daß dieser Haß sachlich unversöhnlich und unabänderlich begründet ist. ... Mit diesen bewußt rückständigen Vertretern eines volksfeindlichen Staates könnte die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nur unter der Voraussetzung zusammengehen, daß sie sich selbst untreu würde, vielmehr bereits untreu geworden sei; denn jene andere Seite wird ihrem Dünkel, ihrem Macht- und Geldegoismus nie und unter keinen Umständen untreu. ... Handelte es sich auch um nichts als um dieses, so würde es eine Beleidigung der nationalsozialistischen Bewegung und in erster Linie ihres Führers Adolf Hitler sein, diesen Verhandlungen mit Papen oder auch nur die Absicht dazu zuzutrauen.“

Anscheinend hat hier die Organisation nicht so gut funktioniert, wie seiner Zeit bei der Straßer-Nummer des „Illustrierten Beobachters“, die noch rechtzeitig nach Straßers Abfall in einer Auflage von 80 000 Exemplaren eingestampft wurde.

Um das Bild vollständig zu machen, sei noch erwähnt, daß der „Freund der NSDAP“, der Bankier Schroeder Vertrauensmann des Herrn von Gleichen, des Vorstandsmitglieds des Berliner Herrenklubs, für die Herrengesellschaften in Rheinland und Westfalen ist. Baron Schroeder ist Inhaber der drei „urarischen“ Bankhäuser Stein, Levy und Oppenheim in Köln, außerdem ist er einer der Geldgeber der NSDAP. Der Abgeordnete Ley schuldet dem „Bank- und Börsenfürsten“ Schroeder — wie die „Rheinische Zeitung“ erfährt — noch 140 000 Mark.

Weg zum Meer braucht, so könnte die Frage, wie dieser beschaffen sein soll, jedenfalls besser gelöst werden, als das in Versailles geschehen ist. Darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel — außer vielleicht in Polen selber. Z. B. ließe sich denken, daß der Korridor unter eine internationale Verwaltung gestellt würde und Deutsche und Polen dort gleiche Rechte hätten. Eine andere Möglichkeit wäre die, den Korridor nach Osten, durch das Memelgebiet, zu verlegen.

Das alles sind noch keine praktischen Vorschläge; dazu können die aufgezeigten Möglichkeiten erst nach eingehender Untersuchung der Tatsachen werden. Diese Untersuchung vorzunehmen, ist aber notwendig im Interesse des Friedens, der von der deutsch-polnischen Grenze her dauernd gefährdet ist. Daß ein derartiger Versuch zur deutsch-polnischen Verständigung nicht unternommen wird, ist natürlich kein Zufall. Auf beiden Seiten der Weichsel herrschen Nationalisten, auf beiden Seiten wird die volle Wahrnehmung der Interessen der herrschenden Klasse des eigenen Landes gefordert und mit allen Mitteln nationalistischer Propaganda betrieben. Die französischen Kreise, die hinter dem „Temps“ stehen, sind natürlich um die Sicherheit ihrer finanziellen und sonstigen Interessen in Polen besorgt und vermeiden schon aus diesem Grunde, von einer Überprüfung der Versailler Bestimmungen in Hinsicht auf die deutschen Ostgrenzen zu reden, da Polen dadurch verärgert werden könnte.

Gerade weil es sich bei der Grenzziehung im deutschen Osten, wie sie durch den Vertrag von Versailles vollzogen worden ist, um eine Sache handelt, deren Gerechtigkeit und Nützlichkeit mit besonders guten Gründen angezweifelt werden kann, halten wir es für wichtig, daß sich die Arbeiterschaft unvoreingenommen auch an die Erörterung dieser Frage heranmacht, um damit der berufsmäßigen Hetzpresse der Nationalisten aller Länder von vornherein einen billigen Grund zur Hetze zu nehmen.

# Kriegsgegner und Kriegstreiber in Südamerika.

Der kolumbische Feldzug gegen Peru, der der Wiedereroberung der von den Peruanern besetzten kolumbischen Stadt Leticia gilt, ist auf einen sehr erfreulichen Widerstand gestoßen. Wie berichtet, sind kolumbische Kriegsschiffe zum Angriff auf Leticia unterwegs auf dem Amazonasstrom. Der Angriff war für den 16. Januar geplant. Er muß voraussichtlich hinausgeschoben werden müssen, da

die Schiffsheizer des Kanonenbootes „Cordoba“ streiken. Das Boot liegt auf dem Amazonasstrom still.

Die Offiziere suchen andere Heizer, die sie hoffentlich im brasilianischen Urwald nicht so schnell finden werden.

Die kolumbische Regierung bemüht sich mit allen Kräften darum, den geplanten Feldzug voranzutreiben. So hat sie jetzt

## Kirche, Rüstungsindustrie und Völkermord.

In Chippis bei Siders (Schweiz) ist ein Werk der Aluminiumfabrik Neuhausen, in der unter anderem Kriegsmaterial fabriziert wird. Die Aluminiumfabrik ist der größte Steuerzahler der Gemeinde. Als nun ein neuer Pfarrer gewählt werden sollte, meldete sich auch der Pfarrer Waldvogel von Eplatures, der Vorstandsmitglied der Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer der Schweiz ist. Daraufhin wurde ihm von der Firma (!) ein Revers zur Unterzeichnung vorgelegt, wonach er sich verpflichten sollte, wenn er in der Gemeinde mit der Rüstungsfabrik angestellt werden wolle, nicht über Krieg und Kriegsrüstung zu predigen! Der Pfarrer lehnte ab und wurde — doch gewählt. —

In Neuhausen, dem Hauptsitz derselben Rüstungsfirma, erklärte einmal der Chef der Wahlkommission einem sich bewerbenden Pfarrer:

„Man ist in Neuhausen mehr erfreut über eine große Waffenbestellung als über eine Abrüstungskonferenz. Das hat ein Pfarrer von Neuhausen besonders zu berücksichtigen.“

Deutlicher kann nicht ausgedrückt werden, wer der Auftraggeber der Kirche ist und welche Interessen sich verbergen hinter den frommen Worten, die die Menschen einschläfern und duldsam gegen das Unrecht der Kriege und des Völkermords machen sollen.

## „Einig, wie im Weltkrieg.“ Prinzliche Krisenbekämpfung.

Der Prinz von Wales hielt im englischen Rundfunk eine Rede über die englische Arbeitslosigkeit. Nach der Feststellung, daß die Arbeitslosigkeit ein nationaler Notstand sei, ging der künftige Monarch des Britischen Weltreichs zu der Frage der Krisenbekämpfung über und kam zu dem bemerkenswerten Ergebnis: Die Leute, die verschiedener Meinung über die Krisenbekämpfung seien, sollten ihren Blick auf eine andere große nationale Krise zurückwenden, nämlich auf den Weltkrieg, in dem alle Hand in Hand gearbeitet hätten.

Es wäre also für solche Menschen wohl das Sicherste, diese Einigkeit durch einen neuen Krieg herzustellen, da alle anderen Versuche, sie zustandezubringen, offensichtlich gescheitert sind!

## „Der Persische Oelkonflikt geht den Völkerbund nichts an.“

Eine bemerkenswerte Erklärung des persischen Justizministers.

Der persische Justizminister, der als Führer einer Abordnung zu den Völkerbundsverhandlungen über den Oelkonflikt nach Genf fährt, erklärte vor seiner Abreise aus Teheran, daß die Kündigung der D'Arcy-Konzession den Völkerbund überhaupt nichts angehe, sondern eine rein inner-

ihren Gesandten aus Madrid abberufen, weil die spanische Regierung sich geweigert hat, ihr das Kanonenboot „Pato“ zu verkaufen.

Der Handel war angeblich bereits verabredet; die spanische Regierung hat aber im letzten Moment auf Grund eines Einspruchs der peruanischen Regierung ihre Zustimmung zu dem Verkauf des Schiffes zurückgezogen.

Die kolumbianischen Flußkanonenboote wurden auf Befehl der brasilianischen Regierung bei Manaus angehalten. Sie hatten also etwa die Hälfte ihrer Amazonenreise zurückgelegt. Mit einem diplomatischen Schritt wird gerechnet.

persische Angelegenheit sei. Ausländische Stellen, einschließlich des Völkerbundes, hätten kein Recht, sich damit zu befassen, und daher werde die Verhandlung über diese Frage in Genf nicht mehr als einen Sitzungstag in Anspruch nehmen. Für die Neuregelung der Oelkonzession komme nur Teheran als Verhandlungsort in Frage, und der Völkerbund werde dorthin wohl keinen Vertreter entsenden

## Antirussischer Feldzug in Persien.

In einigen Teilen Persiens, vor allem der Provinz Gilan, wird ein scharfer Pressefeldzug gegen Rußland geführt und zum Boykott russischer Waren aufgefordert. Persische Kaufleute beklagen sich über die Preispolitik der russischen Handelsniederlassungen. Die sowjetrussische Botschaft in Teheran hat bei der persischen Regierung gegen den Boykott russischer Waren protestiert und die Einstellung der sowjetfeindlichen Pressekampagne verlangt.

## Der Kampf um das Wrack der „Atlantique“.

Wer war der Erste?

Es gibt eine internationale Vereinbarung, derzufolge Schiffe, die von der Besatzung verlassen, auf dem Meere treiben, Eigentum desjenigen sind, der sie als Erster ins Schlepptau nimmt. Das ausgebrannte Wrack des französischen Ozeanriesen „Atlantique“ wurde zum Objekt eines fieberhaften Wettlaufes zwischen französischen, englischen, holländischen und deutschen Schleppern; denn obwohl das Schiff vollkommen zerstört ist, können die in ihnen hermetisch verschlossenen Räumen wahrscheinlich unbeschädigt geliebene Maschinen und die verschrotteten Teile noch einige Millionen Mark einbringen.

Welches Schiff war als erstes an der Unglücksstelle, wer kann also diese Millionen einstreichen?

Eben wurden zwischen deutschen und französischen Schiffahrtsgesellschaften noch Beileids- und Danktelegramme ausgetauscht, jetzt befinden sie sich wieder in schärfstem Kampf miteinander. Aus Frankreich wird gemeldet: Der Kapitän des französischen Kreuzers „Pollux“ konnte feststellen, daß der französische Schlepper zehn Minuten vor dem holländischen Konkurrenten bei den Überresten der „Atlantique“ gewesen sei. Daß dies ein unparteiischer Schiedsspruch ist, wird schon deshalb angezweifelt, weil er sehr mit den Interessen des Schiedsrichters übereinstimmt. Von holländischer Seite wird behauptet, der französische Schlepper sei später gekommen, außerdem seien drei holländische Matrosen an Bord des Wracks. Eine andere Seite behauptet, französische Kreuzer hätten versucht, die von nicht-französischen Schiffen befestigten Tauen zu lösen, ein französischer Seemann erlitt schwere Verletzungen, als er versuchte, die französische Flagge auf der „Atlantique“ zu hissen. Der Kampf geht weiter.

bruch des Weltkrieges an Soldaten gab, trotzdem die Heeresmacht der im Weltkriege besiegten Staaten infolge der ihnen auferlegten Abrüstung auf eine relativ kleine Polizeitruppe beschränkt wurde. Außerdem stellte Herr Hoover fest, daß die heutigen Waffen und ihre Durchschlagskraft 5 mal so stark, 5 mal so groß, 5 mal so mörderisch sind als die, welche im Weltkriege, der ja bekanntlich der letzte aller Kriege sein sollte, gebraucht wurden. Das ist das Resultat trotz Friedensverträgen, trotz Kellogg-Pakt, trotz Genf, trotz Washington, trotz Locarno, trotz Haag, trotz London, und was es sonst noch für allerhand Friedenskonferenzen während der letzten 11 Jahre gegeben hat. Es ist heute eine Tatsache, daß die Kriegsgefahr größer ist, als sie jemals seit dem Jahre 1918 gewesen ist. Sie hat eine permanente Form angenommen. Niemand kann es mehr bezweifeln, daß ein neuer Krieg bevorsteht, und die einzige Frage ist nur, wann und wo und wodurch die Geschichte losgehen wird. Nur wenn alle wirklichen Kriegsgegner, gleich in welchem politischen Lager sie auch sonst stehen mögen, sich der Gefahr bewußt sind, eng zusammenarbeiten und vor allem bereit sind, den Preis zu zahlen für die Abwendung der Gefahr, besteht die Möglichkeit, zu verhindern, daß ein noch größeres Elend, ein noch größerer Schrecken und Jammer über die Menschheit hereinbrechen wird, als es im Jahre 1914 und den darauffolgenden Jahren der Fall gewesen ist.

## Die Erste Internationale zerbrach.

Verehrte Anwesende! Wie stellt sich heute die Arbeiterschaft zur Frage der Verhinderung eines kommenden Krieges? Die Arbeiterschaft, d. h. die organisierte Arbeiterschaft, hat bereits in ihren Kinderjahren begriffen, daß die Verhinderung eines Krieges nicht nur aus Menschlichkeitserwägungen, sondern auch aus direkten, die Arbeiterklasse interessierenden Gründen heraus mit zu ihren allerersten Aufgaben gehört. Es war die Internationale Arbeiter-Assoziation, die sogenannte Erste Internationale, die bereits auf ihrem dritten Kongresse, im Jahre 1868 in Brüssel abgehalten, eine Resolution annahm, in der am Schlusse wörtlich folgendes erklärt wurde:

„Der Kongreß empfiehlt insbesondere den Arbeitern, für den Fall eines Kriegsausbruches in ihren respektiven Ländern die Arbeit einzustellen. Der Kongreß baut auf den die Ar-

# Der Einbruch in China.

Das japanische Oberkommando hat erklärt, daß die militärischen Operationen in der Provinz Jehol fortgeführt würden, ohne die Entwicklung in Schanghai abzuwarten. Den in Jehol wohnenden Japanern ist geraten worden, die Provinz zu verlassen. Die Japaner hängen ihrer Entschlossenheit zur vollständigen Eroberung der Provinz Jehol den Schein einer Begründung an, indem sie immer wieder darauf hinweisen, daß der chinesische Marschall Tschang Hsue-Liang trotz wiederholter Warnungen neue Truppen zusammenziehe.

Das wahre Motiv für das Vorwärtsdrängen der Japaner in Jehol

wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Provinz eingeklemmt liegt zwischen Mandschukuo im Norden und der Tschili-Provinz mit Peking im Süden. Die Besetzung Jehols ist also eine strategische Unterstützung für ein Vordringen gegen Peking.

Wird Japan gegen Peking marschieren? Darüber gibt eine japanische Kabinettsitzung vom Freitag Aufschluß. Das Kabinett nahm den Vorschlag des Außenministers an, wonach die Verhandlungen zur Beilegung des Falles Schanghai nicht vom japanischen Außenministerium unmittelbar, sondern von den örtlichen japanischen Vertretungen in Tientsin oder Peking geführt werden sollen.

Sollte die chinesische Regierung den örtlichen Charakter des Falles Schanghai nicht anerkennen, so wird die japanische Regierung den chinesischen Behörden keine neuen Vorschläge unterbreiten, sondern den japanischen Militärbehörden Handlungsfreiheit geben.

Bei Schanghai ist von neuem gekämpft worden.

Tschang Hsue-Liang hat das vom japanischen Kommandeur in Tientsin an ihn gestellte Ansinnen, sich wegen des „Zwischenfalls“ von Schanghai bei den Japanern zu entschuldigen, abgelehnt. Die Schuld liege bei den Japanern. Wegen dieser Behauptung hat der japanische Kommandeur es seinerseits abgelehnt, Tschang Hsue-Liangs Antwort auf das Ultimatum anzunehmen.

## Zum Einbruch in das russische Gebiet.

Das japanische Außenministerium hat den japanischen Botschafter in Moskau angewiesen, die Sowjetregierung über die Besetzung der Grenzstation Pogranitschnaja durch die japanischen Truppen zu unterrichten und zu erklären, daß die Besetzung nicht als gegen die Interessen der Sowjetunion gerichtet anzusehen sei. Die Besetzung dieser Station sei aus rein militärischen und strategischen Gesichtspunkten erfolgt, um die chinesische Ostbahn vor den chinesischen Banden zu schützen.

Die Japaner wollen also offenbar die ostchinesische Bahn, die für den Zugang von Japan zur Mandschurei den direktesten Verkehrsweg bietet, beherrschen. Dieses Interesse ist bei Japans Absichten auf die Mandschurei verständlich. Pogranitschnaja liegt nördlich von Wladiwostok, dort, wo die ostchinesische Bahn auf russisches Gebiet tritt.

Auch wir nehmen an, daß der japanische Eroberungszug nicht unmittelbar gegen Rußland „gerichtet“ ist, daß er zunächst auf die vollständige Beherrschung der Mandschurei und Nordchinas abzielt. Dazu gehört aber die Beherrschung der ostchinesischen Bahn, und zwar einschließlich ihres Endpunktes, des russischen Hafens Wladiwostok. Wenn man die Besetzung von Pogranitschnaja nicht als bloße sinnlose Reizung der Russen betrachten will, so

kannte man diesen Schritt auffassen als den Anfang vom militärischen Vorstoß gegen Wladiwostok.

Die Lage im Fernen Osten bleibt also auch gegenüber Sowjet-Rußland ernst.

Moskau verhält sich besonnen und lehnt eine Stellungnahme zur Besetzung Pogranitschnajas einstweilen ab. Ein amtlicher Bericht über den Vorfall liege in Moskau noch nicht vor.

An den Völkerbund hat sowohl die chinesische wie die japanische Regierung eine kurze Darstellung der Vorgänge um Schanghai geschickt.

# Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

Die folgende Rede hat Fimmen im Oktober 1930 auf einem Bundestag der Deutschen Friedensgesellschaft gehalten. Deren Verlag hat die Rede als Broschüre herausgegeben (Preis 20 Pfennige). Die Überschriften im Text sind von uns eingefügt worden. Die Redaktion.

I.

Verehrte Anwesende!

Ich habe es übernommen, heute nachmittag hier zu referieren über die Frage „Der Weltfriede und die Arbeiterbewegung“. Ich glaube es erübrigt sich, daß ich besonders eingehe auf die Frage, ob der Weltfriede tatsächlich gefährdet ist. Ich möchte annehmen, daß heute keiner die Tatsache verkennt, daß alle die schönen Versprechungen, welche der Menschheit während des Krieges und ganz besonders beim Abschluß der verschiedenen Friedensverträge gemacht wurden, schließlich eitel Lug und Trug gewesen sind: das Versprechen, daß man ernsthaft ans Abrüsten gehen würde, das Versprechen, daß die Menschheit, wenn auch nicht sofort das tausendjährige Reich bekäme, so doch einer Periode entgegengehe, die man als einen Übergang zu diesem tausendjährigen Reiche betrachten könne, und daß jedenfalls die Arbeiterschaft in der ganzen Welt nach dem Kriege sowohl politisch als auch wirtschaftlich eine ganz andere Stellung einnehmen werde, als dies bisher der Fall war. Auch der größte Optimist muß heute zugeben, daß all diese Versprechen eitel waren, und daß ganz besonders in bezug auf die versprochene Abrüstung, auf die Sicherung des Weltfriedens, die Menschheit schamlos betrogen worden ist.

Herr Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas, hat im Dezember v. J. in seiner Botschaft an das amerikanische Parlament festgestellt, daß augenblicklich 30 Millionen Männer militärisch geschult bereit stehen, in einen neuen Krieg zu ziehen, wenn es ihnen befohlen wird; 30 Millionen, das sind 10 Millionen mehr als es vor dem Aus-

beiter belebenden Geist der Solidarität und hofft, daß ihre Unterstützung dieses Krieges der Völker gegen den Krieg nicht ausbleibt.“

Dies war ein klares Bekenntnis, aber als 2 Jahre später der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrach, zeigte es sich leider, daß die Internationale und die ihr angeschlossenen Organisationen nicht in der Lage, d. h. zu schwach waren, den Krieg zu verhindern. Die Internationale Arbeiter-Assoziation selber brach wenige Jahre später mit an den Folgen dieses Versagens zusammen.

## Die Zweite Internationale kapitulierte.

Ihre Nachfolgerin, die Zweite Internationale, welche in den 80er Jahren neu gegründet wurde, ging anfänglich in ihren Beschlüssen nicht so weit. Zwar wurde auf ihren Kongressen gegen Militarismus und Kriegsgefahr Stellung genommen, aber die Frage der direkten Bekämpfung des Krieges wurde erst, zum ersten Mal auf dem internationalen Kongresse angeschnitten, der 1907 in Stuttgart stattfand. Auf diesem Kongresse machte sich die Zweite Internationale die Stellungnahme der Internationalen Arbeiter-Assoziation in der Kriegsfrage zu eigen. Auch der Sozialistenkongreß in Stuttgart erkannte es als seine Aufgabe, unter der Arbeiterschaft mit allen Mitteln einem neuen Kriege entgegenzuarbeiten, die Massen aufzurütteln und, falls der Krieg doch hereinbrechen sollte, alles zu tun, um sein schnelles Ende herbeizuführen. Als dann im Jahre 1912 der kommende Weltkrieg seinen Schatten bereits vorauswarf und die Kriege auf dem Balkan die an ihnen interessierten europäischen Großmächte in scharfen Konflikt zueinander brachten, kamen im Basler Dom die Vertreter der Organisationen, die der Zweiten Internationale angeschlossenen waren, sowie Vertreter der wichtigsten Gewerkschaften zusammen und wiederholten nochmals den bereits in Stuttgart abgelegten Schwur. Ich entsinne mich noch gut, wie damals in weiten Kreisen auch außerhalb der Arbeiterschaft, in Kreisen des Bürgertums, ein starkes Vertrauen in die Kraft und den Willen zur Tat, den sie bei der internationalen Arbeiterbewegung unterstellten, vorhanden war. Auch in ihren Augen war die internationale Arbeiterbewegung der weitaus wichtigste Faktor, wenn nicht der entscheidende in der Frage der Kriegsbekämpfung.

(Fortsetzung folgt.)

## Marktplanwirtschaft.

Oe. Freitagabend hielt Professor Löwe aus Frankfurt a. M. in der vollbesetzten Aula der Handelshochschule in Berlin einen Vortrag über das Thema: „Ist Sozialismus heute möglich?“ Der Abend war veranstaltet von dem Kreis um die „Neuen Blätter für den Sozialismus“.

Im allgemeinen ist es wenig fruchtbar, mitanzuhören, wenn Sozialisten unter einander über die verschiedenen Abweichungen ihrer Anschauungen sprechen. Bei der Rede von Löwe war jedoch einiges für uns Interessante. Er tritt nicht für die vollständige Aufhebung des freien Marktes ein, sondern fordert eine sozialistische Marktplanwirtschaft. Das Großeigentum in Stadt und Land soll Gemeineigentum werden, daneben soll jedoch der freie Markt weiterbestehen, da er dann keine Gefahren mehr in sich birgt. Zum Großeigentum gehören für den Redner die Montanindustrie, die Kraft- und Verkehrswirtschaft, chemische Industrie, der Maschinenbau, die Großlandwirtschaft und die Banken. Daß Löwe vor allem auf die Verstaatlichung des Maschinenbaus Wert legt, stammt aus seiner — für uns unverständlichen — Überzeugung, daß die Rationalisierung, — der technische Fortschritt — Hauptursache der Arbeitslosigkeit und der Krise ist.

Das Bauerneigentum will Löwe erhalten. Schade nur, daß dieser Gedanke erst jetzt unter den Sozialdemokraten mehr Fuß faßt, wo die Bauern aus Angst vor der Enteignung durch die „Roten“ zum Landbund und zu den Nazi geflüchtet sind.

Interessant war auch Löwes Kritik an der Forderung der Gewerkschaften: der Kontrolle des Produktionssystems durch die Arbeiter. Kontrollieren ist mit Löwes Worten schwerer als selber machen; denn man muß dazu erstens selber etwas machen können und zweitens wissen, wie es der andere macht. Das einzige Ergebnis der sogenannten Kontrolle ist eine Tarnung der eigentlichen Machtverhältnisse und damit eine Stärkung des Monopolkapitalismus. Ferner: Der Staat als kontrollierende Macht ist in einem klassenbewußten Staat keine neutrale Instanz. Was herauskommt ist Staatskapitalismus.

Löwe betont selber die riesigen Schwierigkeiten der Sozialisierung, zum Beispiel von Banken und Maschinenindustrie. Hat er sich eindringlich genug gefragt, ob sie notwendig ist zur Erreichung des Sozialismus? Er sieht die Krisenursache nicht in der mangelnden Kaufkraft der Massen.

## Polizei-Terror gegen KP.

In Berlin-Pankow wurde am Freitagabend ein Demonstrationzug auf dem Wege zum Rathaus von der begleitenden Polizeimannschaft aufgelöst. Bekanntlich wurde auch das Demonstrationsverbot — „aufgelöst“.

Aus Braunschweig wird uns ebenfalls ein Verbot kommunistischer Demonstrationen gemeldet:

Nachdem die kommunistische Demonstration am Dienstag dieser Woche von der Polizei unter dem Vorwande, es seien „Gewalttätigkeiten geplant“ (!), mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben worden war, wurde die für heute geplante Demonstration der KP verboten. Berittene Polizei verhinderte auch den Versuch, trotz des Verbots zu demonstrieren.

Die neueste Schikane: Schließung von Arbeiterlokalen. In Berlin wurde dem Wirt des Arbeiterlokals Gollnow-Ecke Weinstraße von der Polizei die Aufforderung zugestellt, sein Lokal ab Sonnabend zu schließen, da es ein „Unruheherd“ sei und von dem Lokal aus Überfälle erfolgt seien; in dem Lokal würden Terrorakte besprochen und es sei der Sammel- und Stützpunkt von Terroristen. Dazu schreibt die „Rote Fahne“, es befänden sich nicht weniger als vier Nazilokale in der Umgebung, zu Zusammenstößen sei es erst gekommen, seitdem die Nazis eingezogen sind; man könne also mit mindestens demselben Recht von den Unruheherden der Nazilokale sprechen. Erst vor kurzem wurde das geschlossene Lokal von Nazis beschossen, und die Polizei hat selber die Kugeleinschläge festgestellt.

Er fürchtet den technischen Fortschritt als Krisenursache. Unklar blieb dabei, wieso Rationalisierung bei nicht monopolartig hochgehaltenen Preisen zu Arbeitslosigkeit führen muß.

## Ernst von Borsig.

Der Unternehmer Borsig hat sein Unternehmen nur um etwa ein Jahr überlebt. Es war recht eigentlich sein Unternehmen, das ihm im Tod vorangegangen ist. Es war keine Aktiengesellschaft, die öffentlich Bilanz abzulegen brauchte, sondern eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die diese Verpflichtung nicht hat.

Borsig war stolz darauf, daß er nicht öffentlich jährlich über sein Unternehmen Rechenschaft ablegen mußte, über ein Unternehmen, das in seiner besten Zeit der Arbeitgeber von 15 000 Arbeitern war, die teils in den oberschlesischen Rohstoffbetrieben, teils in den Verarbeitungsbetrieben bei Berlin beschäftigt waren.

Borsig war nicht nur persönlich Herr über Tausende von Arbeitern. Er wirkte führend in den Klassenkampf-Organisationen seiner Klasse. Er war einer der Gründer der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern während des Weltkrieges. Von 1923 bis kurz vor seinem wirtschaftlichen Tode war er Vorsitzender des Deutschen Arbeitgeberverbandes. Den Vorsitz im Verband Berliner Metall-Industrieller hatte er sogar 25 Jahre inne. Er war ein scharfer Gegner der Tarifverträge. Ihm wird das Wort zugesprochen: Tarifverträge, das seien die Versailler Verträge der deutschen Wirtschaft.

Er sah nicht hinaus über den engen Horizont seiner Klasse. Innerhalb des dadurch gezogenen Rahmens übte er „Wohlwollen“ und auch unlegbar eine gewisse Anständigkeit. Das zeigte sich gerade zuletzt: „Er hatte Millionen Spargelder seiner Belegschaft in seinem Unternehmen angelegt; sie waren nur durch eine wertlose Hypothek „gesichert“; nach dem Zusammenbruch der Firma setzte er sein Privatvermögen ein, um die Sparer vor Verlusten zu schützen. Einen solchen Zug von Anstand wollen wir nicht unterschlagen. Borsig bleibt trotzdem geradezu das Modell des Ausbeuters.“

Er hat das höchste Ziel der industriellen Ausbeuter erreicht: den Anschluß an die feudale Herrenklasse. Wilhelm II. hat ihm 1909 den erblichen Adel verliehen. Er starb, wie die Todesnachricht lautet, „auf seinem Gut Groß-Behnitz in der Mark“.

## Kundgebung der KP in Essen.

R. L. Sechs Stunden harrten die Arbeiter in der größten Halle von Essen aus! Der Besuch der Versammlung war gut, ebenso die Stimmung. Nach 1½ Stunden langer Rede wurde dem Genossen Schehr von dem überwachenden Polizeibeamten das Wort entzogen, weil er gesagt hatte: „Gegen politische Maßnahmen müssen wir mit politischen Maßnahmen antworten!“ Später wurde dem Vertreter der KPD, Bezirk Wasserkante, ebenfalls die Rede abgeschnitten, wegen Tatsachenfeststellung: „Ueber politische Streiks zu reden ist ja verboten“ (er hatte vorher lange über wirtschaftliche Streiks gesprochen). Zum dritten Mal wurde sogar dem Versammlungsleiter das Wort entzogen, als er eine Protestresolution gegen diese Maßnahmen den Versammlungsteilnehmern vorlesen und eine Abstimmung darüber veranstalten wollte!

Dieses Vorgehen der Polizei rief den geschlossenen energischen Abwehrwillen aller Anwesenden hervor, doch konnte die Versammlung zu Ende geführt werden. Zum Schluß sprach noch der gemäßregelte Betriebsrat Kayser der Berliner Verkehrsgesellschaft über den BVG-Streik.

Der Parteitag der KPD-Ruhrgebiet findet nun am Sonnabend doch statt, da die Polizei nach einigen Änderungen auf die Überwachung verzichtet hat.

## Kommunisten demonstrieren in Frankfurt am Main.

Am Donnerstagabend veranstaltete die KPD einen Demonstrationzug durch die Hauptstraßen Frankfurts. Die

Demonstration, die recht stattlich war, machte einen schönen und disziplinierten Eindruck; nach dem langen „Burgfrieden“ war dies die erste Arbeiterdemonstration in Frankfurt am Main, und die Demonstrierenden zeigten etwas von angesamelter Kraft und Kampfesfreudigkeit.

## Nazis überfallen Gewerkschafter und Stadtrandsiedler.

Im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung in Blankensee ertönte der Ruf „SA raus“, worauf etwa 100 SA-Leute in Uniform nach der Flugzeugwerft Blankensee bei Lübeck marschierten. Dort befindet sich ein Arbeitsdienstlager des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten. Die Banditen verdunkelten den Saal und mißhandelten die dort untergebrachten etwa 50 jungen Menschen aufs brutalste. Acht der Überfallenen mußten mit schweren Verletzungen weggebracht werden. Danach überfielen die Nazis Angehörige des „Reichsbanners“ und Stadtrandsiedler, auch hierbei gab es Verletzungen.

In Breslau verübte ein Trupp uniformierter SA-Leute einen Überfall auf ein Heim der dortigen ZdA-Jugend, verprügelte mehrere Jugendgenossen und riß ihnen die Abzeichen ab.

## SS gegen SA.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist es in der Silvesternacht in Stuttgart zu einem Zusammenstoß zwischen SA und SS vor dem dortigen „Braunen Hause“ gekommen. Vier von einer Silvesterfeier heimkehrende SA-Leute kamen am Braunen Hause vorbei und politisierten miteinander. Plötzlich fielen elf SS-Leute über sie her und bearbeiteten sie ohne weitere Auseinandersetzung mit Schulterriemen. Als die vier SA-Leute protestierten und ihre SA-Ausweise vorzeigten, bekamen sie noch mehr Prügel! Ein SA-Mann blieb ohnmächtig auf dem Platze, zwei andere wurden leicht verletzt, und der vierte — holte die Polizei gegen seine „Kameraden“ von der SS. Die Polizei verhaftete einige SS-Leute.

## SA-Mann als Mörder festgestellt.

Der Mörder des in Breslau bei einem Überfall ums Leben gekommenen Jungarbeiters Hanisch konnte von der Polizei bereits festgestellt werden, er befand sich unter den verhafteten SA-Leuten.

## Politischer Terror in Berlin.

In der Nacht zum Freitag kam es an drei Stellen zu politischen Zusammenstößen. Am Herthaplatz in Niederschönhausen gerieten mehrere Nationalsozialisten und Kommunisten in eine Schlägerei, bei der ein Kommunist leichte Kopfverletzungen erhielt. Vier Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden zwangsgestellt. — In Charlottenburg drangen nach Mitternacht mehrere Nationalsozialisten in das Künstlerlokal „Lunte“ ein, in dem hauptsächlich kommunistische Künstler verkehrten. Bei der hierauf sich entspannenden Schlägerei wurden drei Personen leicht verletzt. Zwei Nationalsozialisten wurden festgenommen. — In Moabit schlugen mehrere Nationalsozialisten die Tür und die Schaufenster Scheibe des kommunistischen Verkehrslokals Lange ein. Ein Nationalsozialist wurde verhaftet.

## Aus den italienischen Kerkermauern

sind infolge der Amnestie 22 173 Gefangene entlassen worden. Am 10. Januar wird die faschistische Strafkolonie auf der Insel Lipari aufgehoben, allerdings nicht deshalb, weil Mussolini aufhören will, seine Feinde durch Verschickung nach Deportierten-Inseln unschädlich zu machen, sondern weil er dabei künftig Geld sparen will und darum die 380 Gefangenen von Lipari nach einer anderen Strafkolonie überführen läßt.

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**HÖHLEN-KULIS**  
 REVOLTE AN DER RUHR (51)  
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. & H., BERLIN W 19

Der Inspektor schluckt und schluckt, will etwas sagen. „Ich komme ein andermal wieder, wenn Sie vernünftiger geworden sind, Gerling. Das viele geschluckte Gas hat anscheinend Ihren Verstand verwirrt.“

„Noch nie war ich so klar wie heute, merken Sie sich das. Wir sind noch lange nicht miteinander fertig, wir sprechen uns bei einer anderen Gelegenheit, wenn die Rollen vertauscht sind. Freuen Sie sich aber nicht darauf.“

Der Inspektor geht an das nächste Bett, die beiden Arbeiter stellen eine Flasche Wein und ein Kistchen Zigarren auf Günthers Nachtschränken. Wie eine Handgranate faßt der die Flasche in der Faust, schleudert sie dem Inspektor vor die Füße, daß sie krachend zersplittert. Die Zigarren fliegen hinterher.

„Nehmen Sie Ihren Wein und Ihre Glimmstengel mit, Herr Inspektor. Ein anständiger Kumpel läßt sich nicht bestechen.“

„Schinder“, schreit es von der anderen Seite.

„Menschenschinder!“

Von allen Seiten fliegen Flaschen und Zigarrenkisten in die Mitte des Saales, erschreckt flüchtet der Inspektor, von dem Hohngeklächter und den „Schinder“-Rufen der Kumpels begleitet. Nur Wolters verbirgt seine Flasche und die Zigarren unter der Bettdecke. Er als einziger ist der Überzeugung, daß man seinem Herrn Inspektor schweres Unrecht getan hat. Aber er hütet sich, diese Überzeugung in Worte zu kleiden.

Der schwarze Tod hat reiche Ernte gehalten, fast kein Haus in ganz Annendorf, in das er nicht unermeßliches Leid

gebracht hat. Schwarze Fahnen wehen auf den Fördertürmen sämtlicher Zechen.

Da die Leichenhalle sich als für diesen Zweck zu klein erweist, hat man die Toten in der Lohnhalle aufgebahrt. Mit schwarzem Tuch ist sie ausgeschlagen, eine Unzahl Kerzen brennen in Kandelabern. Im Hintergrunde ein riesiges Kreuz, Lorbeerbäume zu allen Seiten der vier Sargreihen. Am Tage vor der Beerdigung wird den Angehörigen die Besichtigung der Leichen gestattet. Erschütternde Szenen spielen sich dabei ab. In kleinen Gruppen werden die Trauernden hereingeführt, sind beklommen beim Betreten der düsteren Halle. Von Sarg zu Sarg gehen sie, schauen auf den daran befestigten Zettel, heben das verhüllende Tuch vom Gesicht des Toten, brechen ohnmächtig zusammen, wenn sie in ein fürchtbar, bis zur Unkenntlichkeit verstümmeltes Antlitz sehen, das dem gehört hat, der ihr Mann, Bruder, Bräutigam oder Vater gewesen ist. Verzweiflungsschreie erfüllen die Luft, Sanitäter und Krankenschwestern haben alle Hände voll zu tun, um die Ohnmächtigen zu betreuen. Viele Leichen können nicht identifiziert werden, weil sie zu Kohle verbrannt sind. Vor ihren Särgen ist ein kleiner weißer Zettel mit einem großen Fragezeichen befestigt, und die Arbeitsschuhe, die traurigen Überreste, davor, bieten den einzigen Anhaltspunkt, nach dem vielleicht ein Erkennen noch möglich ist. Ununterbrochen gellen Schreie durch die Halle, hält das Weinen und Schluchzen an, sinken Frauen zu Boden. Alte Bergleute, deren Gesichter von blauen Kohlenarben geprenkelt sind und die dem Tode mehr als einmal begegnet sind, können ihre Fassung nicht bewahren, weinen mit den Frauen und Kindern, wenn sie die fast unkenntliche Leiche eines Sohnes sehen. Sie, die fast ein Menschenalter unter der Erde zugebracht haben, sind vom Tode verschont worden, während junge Kumpels, die erst anfangen zu leben, ihm zum Opfer gefallen sind.

Mutter Kroll geht von Reihe zu Reihe, von Sarg zu Sarg. Keinen ihrer Söhne hat sie bis jetzt finden können, und doch sind alle drei als tot gemeldet. Dort, am äußersten Ende, zwischen den vier Gruppen unbekannter Toter müssen sie

sein. Aber welche sind es? In der Schrecklichkeit ihres Blicks sehen sich alle gleich. Das Herz droht ihr stille zu stehen, wenn sie daran denkt, daß ihre drei jungen, kräftigen Söhne einen so schrecklichen Tod gefunden haben, daß von ihnen nichts weiter übriggeblieben ist als ein Häuflein verkohlten, schwarzen Fleisches. Bitterlich schluchzend verläßt sie mit den Letzten die Leichenhalle. Ihren Mann und fünf Söhne hat sie dem Moloch Kohle opfern müssen.

Am anderen Morgen um 10 Uhr.

Feierlich schwer läuten von allen Kirchtürmen im Umkreis die Glocken; 176 tote Kumpels treten ihre letzte Fahrt an. Von allen Fördergerüsten im Ruhrgebiet wehen die schwarzen Trauerfahnen! Kein Dorf und keine Stadt, in der man nicht der Toten von Westfalen gedenkt. Tausende von Kumpels, die in den Gruben schufteten, legen für einen Augenblick die Arbeitsgeräte aus der Hand, weihen ihren toten Kumpels eine Minute des stillen Gedenkens, ehe das harte Muß sie wieder an die Arbeit treibt. Sie allein wissen es, was es heißt, Tag für Tag und Stunde um Stunde vom Tode umlauert zu sein und ihm doch nicht entrinnen zu können, weil der erbarmungslose Kampf um das kärgliche Stückchen täglichen Brotes sie wie mit Ketten an ihre gefährvolle Arbeit schmiedet. Ihre Trauer ist die ecbteste, äußert sich nicht in schwungvollen Reden, sondern in wahren, herzlichem Mitleiden und dem unauslöschlichen Gefühl der Schicksalsverbundenheit.

Schwarzumflorte, brennende Grubenlampen hängen in den Türen und Fenstern der Koloniewohnungen, schwarzgekleidete Menschen mit verweinten, leidvollen Gesichtern strömen zum Zechenplatz, auf dem die Trauerfeier stattfindet. Nur die nächsten Angehörigen der Toten und die offiziell eingeladenen Persönlichkeiten finden Einlaß, die übrigen stauen sich vor dem Zechentor und in den angrenzenden Straßen. Die Bergkapelle in schwarzer Knappenstracht spielt die Eroica von Beethoven; Weinen und Schluchzen erschallt aus den Reihen der Hinterbliebenen. Die Ortsgeistlichen beider Konfessionen segnen die Leichen ein, eröffnen den Reigen der Trauerredner. (Schluß folgt.)

# Streik in der Trawlerfischerei von Ymuiden.

(ITF.) Seit dem 2. Januar streiken im Hafen von Ymuiden die Fischer in der Trawlerfischerei, die Schauerleute und die Kohlenarbeiter. Der Konflikt ist darauf zurückzuführen, daß die Fischereireeder die bestehenden Kollektivverträge gekündigt haben und sich weigerten, dieselben zu verlängern. Bei den Verhandlungen vom 7. Dezember 1932 stellten sie derart weitgehende Anträge, daß der der ITF angeschlossene Zentralverband der Transportarbeiter darüber nicht verhandeln konnte. Da die Arbeitgeber bis 31. Dezember keine Zugeständnisse gemacht hatten, bedeutete dies die Einstellung der Arbeit im neuen Jahre.

## Was hatten die Reeder vor?

Sie wollten den Arbeitslohn der Kapitäne während des Stilllegens des Schiffes von 35 auf 30 Gulden pro Woche und alle festen Heuern um etwa 5 Prozent herabsetzen, die Kündigungsfrist (1 Monat) für den Kapitän und den Maschinisten aufheben, die Vergütung von 80 bzw. 40 Gulden für den Kapitän und den Maschinisten im Falle der Entlassung sowie den Schadenersatz bei Ausfall der nächsten Reise (5 oder 7 Tage Heuer) abschaffen und nur, falls die Besatzung für die nächste Reise angemustert worden ist und die Reise ausfällt, 3 Tage Heuer auszahlen. Auf Küstenschiffen: 3 Matrosen statt 4, die Extrafreizeit, falls das Schiff nach einer Reise von mehr als 10 Tagen nach 9 Uhr einläuft, soll entfallen, kein freier Tag, wenn Weihnachten, Neujahrstag, Ostern oder Pfingsten auf See verbracht wird, sondern ein Tag Heuer, weder Beiträge der Reeder an den Fonds für soziale Fürsorge, noch Zahlung von Arzt bzw. Verpflegungskosten im Falle von Krankheit oder Unfall.

Dies sind aber nicht einmal alle vorgeschlagenen Verschlechterungen. Ihre Annahme hätte die Vernichtung aller Errungenschaften des letzten Jahrzehntes zu bedeuten.

Für die Hafenarbeiter wurde eine Verringerung der Stärke der Schicht — durch Heraufsetzung der Anzahl der zu verarbeitenden Körbe pro Schicht — gefordert. Für die Kohlenarbeiter wurde eine Herabsetzung aller Tarife um 20 Prozent vorgeschlagen, von anderen Verschlechterungen gar nicht zu reden.

Die Arbeitgeber hatten durchblicken lassen, daß sie, falls die Organisation bereit wäre, diese Zugeständnisse zu machen, mehr Schiffe in die Fahrt bringen würden. Die Organisationsvertreter wollten aber die Absichten der Reeder genau wissen. Sie schenkten den Erklärungen derselben keinen Glauben.

Eigentlich handelt es sich um zwei getrennte Streiks, einen der Fischerarbeiter und einen der Hafen- und Kohlenarbeiter.

Die Vertreter der ausländischen Reedereien, die sogenannten Faktoren, haben den Vertrag für die Löschung des Fanges ebenfalls gekündigt.

Die sich noch auf See befindenden Trawler sollen noch gelöscht werden, vorausgesetzt, daß die alten Arbeitsbedingungen in Kraft bleiben. Ausländische Schiffe dürfen nach Ymuiden kommen, um ihren Fang abzusetzen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die bis 31. Dezember 1932 geltenden Arbeitsbedingungen und Löhne vollständig aufrecht erhalten werden.

Die der ITF angeschlossenen Organisationen sind aufgefordert worden, die erforderlichen Solidaritätsmaßnahmen zu treffen.

Angestelltenräte die Stimmung der Angestellten mit zum Verhandlungstisch nehmen könnten und nicht erst berichteten, wenn eine Sache schon abgeschlossen sei. Dieser Antrag wurde angenommen.

Das Ergebnis der Urabstimmung war Stimmgleichheit. Das bedeutete: Der Vorschlag der Verhandlungs-Kommission ist abgelehnt. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses ging ein alter Kollege zu der erwähnten Kollegin und sagte: „Das günstige Ergebnis ist Ihr Werk! Wenn man sieht, wie Ihr Euch durchgesetzt habt, bekommt man als alter Mann auch wieder Lust, mitzukämpfen!“ Und wie diesem Kollegen geht es vielen anderen. Viele haben gesehen, daß man was erreichen kann, wenn man nur den Mut hat, sich für eine Sache einzusetzen. Das war der schönste Erfolg dieser Aktion.

## Chinesischer Revolutionär verhaftet.

Schanghai, 6. Januar.

Der Vorstand der All-Chinesischen Arbeiter-Föderation hat einen Aufruf erlassen, dem wir folgendes entnehmen: „Der Vorsitzende der All-Chinesischen Arbeiter-Föderation und Vorstandsmitglied der Antimperialistischen Liga Huan-Ping ist in Peking verhaftet worden. . . .“

Er schwebt in unmittelbarer Todesgefahr. Ihm droht die Hinrichtung in Peking oder die Auslieferung in die Hände der Kantoner Henker. Im Namen der organisierten Arbeiter Chinas wenden wir uns an alle Arbeiter, an alle Kämpfer für die Freiheitsrechte und an alle antimperialistischen Kämpfer, für das Leben und die Freiheit Huan-Pings einzutreten. . . .“

Am Schluß des Aufrufes wird zu Protesten aufgefordert. Die deutschen Arbeiter haben dazu insofern Gelegenheit, als der Ministerpräsident der Nanking-Regierung, Wan Tschin-Wei, sich gegenwärtig zur Kur in Tübingen aufhält.

Der russische Dampfer „Smolny“ ist durch einen Zusammenstoß mit einem dänischen Dampfer zerstört worden.

Der deutsche Dampfer „Heddersheim“ ist bei Sundsvall gestrandet. Dasselbe geschah dem finnischen Dampfer „Frano“.

Eins der größten Segelschiffe, der schwedische Fünfmast „Forest Dream“, verbrannte im Hafen von Strömöland vollkommen.

# Lohnabbau bei der GEG in Hamburg abgelehnt.

O. E. Die GEG in Hamburg hatte den Tarifvertrag für die Angestellten am 31. August 1932 gekündigt und forderte 10 Prozent Lohnabbau und Abbau der Ferien bis zu 40 Prozent. Der ZdA einigte sich mit der GEG nach viermonatigen Verhandlungen auf einen Lohnabbau von 5 Prozent und Abbau der Ferien. Dies Ergebnis legte der Angestelltenrat am 28. Dezember der Personalversammlung der GEG-Angestellten vor und empfahl, dies Abkommen anzunehmen, da die GEG gedroht habe, sonst zum Schlichtungsausschuß zu gehen und dort den alten Antrag auf 10 Prozent Lohnabbau zu stellen. Der Vertreter des ZdA erklärte, daß in der GEG die höchsten Gehälter gezahlt würden und die GEG deshalb beim Schlichter mit ihrer Forderung durchkommen würde, zumal sie erst einmal 10 Prozent abgebaut hätte. Er behauptete, daß die Arbeiter-Gewerkschaften verlangt hätten, daß die Gehälter und Ferien der Angestellten gekürzt werden müßten.

Die Versammlung verlief sehr lebhaft. Sehr viele Redner verwarfen den Vorschlag der Verhandlungs-Kommission. Als man zur Abstimmung über den Vorschlag schreiten wollte, wurde der Antrag eingebracht, eine Urabstimmung in den Betrieben vornehmen zu lassen. Auch der Angestelltenrat war dafür. Er hoffte wohl, die Stimmung dort noch beeinflussen zu können; denn in der Versammlung wäre der Vorschlag der Verhandlungs-Kommission abgelehnt worden.

Gleich am nächsten Tage setzte im Betriebe eine sehr heftige Agitation von seiten des Angestelltenrats ein. Die Kollegen wurden unsicher. Sie sagten: „Es hat ja keinen Zweck, mit Nein zu stimmen, die da oben machen ja doch, was sie wollen!“ Nur eine kleine Zahl von Kollegen blieb fest. Aber auch sie warben nicht mehr für ihre ablehnende Meinung. Es wurde davon gesprochen, nochmals eine Betriebsversammlung einzuberufen. Der Betriebsrat lehnte dies ab,

und der Betriebsratsvorsitzende verlangte von einem Mitglied des Angestelltenrats, das gegen den Lohnabbau war, für den Abbauvorschlag zu werben.

Am 3. Januar sollte die Urabstimmung stattfinden. Am 2. ging ein Rundschreiben herum, in dem der Angestelltenrat nochmals die Gründe zur Annahme des Vorschlags der Verhandlungs-Kommission anführte. Er forderte im Anschluß daran auf mit „Ja“ zu stimmen. Die Gegner, es waren noch sechs, waren empört, die anderen resigniert. Eine Kollegin, zu der das Rundschreiben kam, ging ans Telefon und rief den Vorsitzenden des Betriebsrats an und verlangte von ihm eine zweite Personal-Versammlung einzuberufen, um den Gegnern des Abkommens auch noch einmal Gelegenheit zu geben, ihre Gründe gegen den Vorschlag vorzubringen. Er lehnte das ab und sagte: „Sammeln Sie die nötigen Unterschriften, dann muß ich eine machen; von mir aus gibt es keine.“

Nachdem das Telefongespräch bekannt geworden war und die Unterschriftenliste herumliefe, setzten viele vorher Unentschlossene sich für eine Versammlung ein. Die Stimmung wurde erregt. Um 1/4 Uhr kam die Nachricht, daß um 5 Uhr eine Versammlung stattfände.

Die Versammlung war gut besucht. Einige Kolleginnen führten aus, daß nach allen Anzeichen der Tiefpunkt der Krise überschritten sei und daß auch gar nicht sicher sei, daß der Schlichtungsausschuß dem Wunsche der GEG auf 10 Prozent Lohnabbau entsprechen würde. „Auf keinen Fall dürfe eine so gut organisierte Gruppe sich kampflös einen so hohen Abbau gefallen lassen. Die kleinen Angestellten, die 100 bis 150 Mark Gehalt bekämen, könnten einen Abbau von 5 Prozent nicht mehr ertragen.“

Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde der Antrag eingebracht, häufiger Betriebsversammlungen abzuhalten, damit die

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Dienstag, 10. Januar, 20 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 85, (Nähe Alexanderplatz). Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Betriebskollegen an die Abwehrfront! Redner: Gustav Heckmann. Freie Aussprache. Eintritt 20 Pfennig. Erwerbslose 10 Pfennig.

**Hamburg:** Donnerstag, 12. Januar, 20.15 Uhr, Volkshaus, Sachsenstraße 21. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs! Redner: Erna Mros (Essen).

## Wirtschaftspolitische Aussprache:

**Berlin:** Montag, 9. Januar, 20 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 85 (Nähe Alexander-Platz). Thema: „Die Schädigung von Arbeitern und Bauern durch die gegenwärtige deutsche Handelspolitik.“ Leitung der Aussprache: Hellmut Rauchenplat. Unkostenbeitrag: 80 Pfennige. Für Erwerbslose frei.

**Herde Oefen / Gaskocher**  
niemals besser und  
niemals billiger als bei  
**C. F. W. Lademann Söhne**  
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85  
U-Bhf. Inselbrücke.

**Das Haus der guten Schuhe**  
**H. Ebel**  
Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: D 8 Wedding 2358  
Bel Vorzels d. Inserates 5% Rabatt!

**Getrocknete Bananen**  
sind nahrhaft u. billig,  
als Brotbelag und zum  
Obst für jung und alt  
zu verwenden.  
Postpackchen 4 Pfund  
brutto nur 8 Mark,  
frei Haus, n. a. Orten.  
Vorauszahlung  
auf Postscheck-Konto  
Magdeburg 17924  
erbeten.  
**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104

**Oberhemdenstoffe,**  
Tricoline, Fianelle, Oxfords  
günstige Posten Maccotuch  
kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
Scharnweberstr. 16/17.

**Reformhaus Bochum**  
**BOCHUM**  
Kortumstr. 14. Wittener Str. 7  
empfiehlt alle Artikel zur  
naturgemäss. Ernährung  
und Körperpflege

**Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke**  
**Schallplatten** für Konzert und Unterhaltung in  
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!  
**Otto Pfothauer, Weimar**  
Gläserstr. 14

Kauft preiswert und in bester Qualität  
**Vollwertnahrungsmittel**  
vom Reformhaus  
Gesundheitsquelle  
Berlin / Köpenicker Str. 96 / Ecke Insel- und Neue Jakobstr.

**VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19**  
Vegetarische Gaststätte  
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher Benner. Zürich  
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr.

**Fahrräder**  
Bereifung  
Ersatzteile  
Reparaturen  
billig, billig!  
**Richard Kuhlrow**  
Stallschreiberstr. 63

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

**Erstklassige Manarbeit**  
Herren - Anzüge  
Mäntel  
Damen - Mäntel  
Kostüme  
Tadelloser Sitz  
**Schönheit**  
MAGDEBURG  
Johannisbergstr.  
10, III.  
Stoffmuster  
vorrätig.

**A. JANISZEWSKI**  
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH  
**druckt** Flugblätter,  
Zeitungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen  
Berlin SO 36, Elisabethstr. 20-22  
Telefon: Sammelr. P 1 Moritzplatz 5471

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,  
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**  
**Anfertigung**  
**mod. Tisch- u. Nachttischlampen**  
**G. Funke**  
Elektrotechniker  
GOTTINGEN / Jüdenstraße 3, III.

**Röstkaffee**  
per Pfund 2,-, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.  
Lieferung ab 8 Pfund frei Haus.  
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-  
scheckkonto: Hamburg 71108.  
**Robert Ziegler, Kaffee-Versand**  
Hamburg 83 / Heidhörn 42.

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987  
Seit 4. Januar: **Amerika von heute**  
Heinrich Hauser-Film  
Chicago, die Weltstadt in Flegeljahren.  
Der Unterweltfilm  
Straßen der Weltstadt  
mit Sylvia Sydney u. Gary Cooper.  
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr

## Neuerscheinung:

# LEO TROTZKI Über Lenin

Material für einen Biographen.

Mit 3 Bildern. 172 Seiten.

Broschiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2,- Mark.

Dieses Buch LEO TROTZKIs ist in einer deutschen Ausgabe bereits einmal erschienen, aber seit der politischen Verurteilung TROTZKIs und seit seiner Ausweisung aus der Sowjet-Union nirgends mehr erhältlich.

Die Aufzeichnungen TROTZKIs über seinen Lehrer und den Meister der russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeugendste Dokument, das wir — außer in LENINs eigenen Schriften — über die Entwicklung der russischen Revolution besitzen.

## Inhalts-Verzeichnis:

Vorbemerkung — Vorwort.  
LENIN und die alte „Iskra“:  
Rund um den Oktober. — Vor dem Oktober. — Der Umsturz. — Brest-Litowsk. — Die Verjagung der Konstituierenden Versammlung. — Regierungsarbeit. — Die Tschechoslowaken und die linken Sozialrevolutionäre. — LENIN auf der Tribüne. — Der Philister über den Revolutionär.  
Anhang: Ueber den Fünfzigjährigen. — Ueber den Verwundeten. — Ueber den Kranken. — Der Tote.

**Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.**  
Postscheckkonto: Berlin 818 42.

# Ethische Betrachtungen in militärischer Beleuchtung.

Der frühere Chef der Reichswehr, Generaloberst von Seeckt, hat in den „Berliner Monatsheften“ einen Aufsatz geschrieben, der von der nationalen Presse mit Behagen zitiert wird. Da ethische Betrachtungen durch Generale immerhin wenigstens Seltenheitswert haben, wollen wir diese hier unseren Lesern nicht vorenthalten. Sie sehen so aus:

„Die Völkerbundsarmee wird, darüber kann kein Zweifel bestehen, für die Durchführung einer internationalen Idee bereitstehen. Diese Idee ist die Sicherung des Friedens durch ihre drohende Existenz und, wenn diese zur Erhaltung des Friedens nicht ausreicht, die Bestrafung des Friedensbrechers. Für diese Idee muß gestorben werden; denn das ist nun einmal mit dem Wesen des Krieges unlöslich verbunden. Es wird schwer sein, dem Soldaten vor dem Tod klarzumachen, daß dieser für die Erhaltung des Friedens notwendig ist. Um sein Vaterland, seine Heimat, sein Volk, seine Ehre handelt es sich ja gar nicht in dieser Völkerbunds-Friedenspolizei-Aktion. Aber zu sterben soll er doch bereit sein. Nun, man wird eben von vornherein auf alle ethischen Momente verzichten müssen; das „dulce et decorum pro patria mori“ ist Weisheit vergangener Zeit. Der Völkerbund wird sich seine Armee kaufen müssen und sie gut bezahlen; dann findet er wohl genügend Männer, die bereit sind, für Geld ihr Leben zu verkaufen, für Geld, nicht für die Idee. Soll sich aber die Völkerbundsarmee aus nationalen Kontingenten zusammensetzen, so wird die internationale Idee der Friedenssicherung kaum für die Erzeugung einer opferbereiten Begeisterung ausreichen. Auf diese wird man verzichten müssen. Wir kehren zum heimatlosen Landknecht zurück.

Nehmen wir zur näheren Klärung des Gesagten einmal zwei Fälle an, von denen der eine im Bereiche der Möglichkeit, der andere in dem der Unwahrscheinlichkeit liegt.

Polen überfällt unter irgendeinem Vorwand oder ohne solchen Ostpreußen. Der Völkerbund kann nicht umhin, Polen als den Angreifer, Deutschland als den Angegriffenen zu erklären, zu dessen Schutz die Völkerbundsarmee eingesetzt werden muß. Mit welcher begeistertsten Hingabe wird der französische Völkerbundssoldat für Deutschlands Recht gegen den verbündeten Polen kämpfen!

Der zweite Fall. Der Völkerbund entscheidet im mandschurischen Konflikt gegen Japan, das sich weigert, den gegebenen Anordnungen zu entsprechen. Der Völkerbund soll mit Gewalt seinen Willen durchsetzen. Mit welchem Gefühl wird die englische Mutter ihren Sohn um Chinas willen vom japanischen U-Boot in den Fluten des gelben Meeres versenkt sehen! Es wird ein schweres Sterben sein unter den Fahnen des Völkerbundes.

Vielleicht ist das alles zu ideal gedacht, oder vielleicht einem Anderen nicht ideal genug. Kein Zweifel: gelingt es im angenommenen deutsch-polnischen Konflikt, Deutschland die Schuld zuzuschreiben, so wird das französische Völkerbundskontingent mit Begeisterung für den Polen gegen Deutschland kämpfen und unter der Trikolore sterben. Wenn Amerika seine Interessen in der Mandschurei durch Japan bedroht sieht, wird es gerne seine Schiffe herübersenden, und seine blauen Jungens werden sich willig für die heimatliche Größe einsetzen. Das hat dann aber mit Friedensschutz und Völkerbund nichts mehr zu tun, und die Welt hat nur den Umweg über eine Utopie zum gesunden nationalen Egoismus und seiner Folgeerscheinung, dem nationalen Krieg, gemacht.“

Was soll man zu diesem unbezahlbaren Zeug sagen? Angenommen, eine internationale Völkerbundsarmee bestünde, dann bestünde eben kein einziges nationales Heer mehr, und mit der Abschaffung dieser überflüssigen Erscheinung hätte auch die pöbelhafte nationalistische Verhetzung den größten Teil ihres Sinns verloren, und auch die von Herrn von Seeckt so gerühmte Weisheit vergangener Zeit, wonach es süß und ehrenvoll ist, für das Vaterland zu sterben. Das traf und trifft nur zu für den, der von den Nutznießern der „Idee des Vaterlandes“ hinreichend verblödet ist, dieses Vaterland für irgend etwas zu halten, dessentwegen er Grund hätte, sein Leben zu opfern. Wenn aber einer schon überhaupt etwas davon hält, für Ideale sein Leben aufs Spiel zu setzen (wofür wir unsererseits volles Verständnis aufbringen), und wenn der Idealismus bei ihm sogar so weit reicht, für eine so gekünstelte und nährliche, zum Teil sogar von bloßen Profitinteressenten hochgezüchtete „Idee“ wie das Vaterland zu sterben, dann sehen wir nicht ein, wieso es nicht möglich sein sollte, Idealisten zu finden, die bereit sind, für das internationale Ideal des Friedens ihr Leben zu riskieren. Hier hat Schiller völlig recht:

„Wenn man dem grundlosesten Wahn die Kraft beilegt, die Gemüter der Menschen auf einen solchen Grad einzunehmen, daß sie aller Aufopferung fähig werden: so wäre es sonderbar, der Wahrheit diese Kraft abzustreiten.“

Manchem mag es übertrieben erscheinen, gegen Herrn von Seeckt Schiller ins Feld zu führen. Uns liegt auch nichts daran, diese beiden Männer mit einander zu vergleichen; uns liegt nur daran, den Bildungsgrad zu zeigen, auf den man in Deutschland gesunken ist, einen Bildungsgrad, der einen der gesellschaftlichen Stellung nach immerhin nicht unbedeutenden Mann seelenruhig den nationalistischen Krieg, also ein Massenverbrechen, einen „gesunden Egoismus“ nennen läßt.

## Braun bei Schleicher.

Otto Braun war am Freitag 1½ Stunden bei Schleicher, um mit ihm über seine Bedenken zu sprechen, die er gegen die Kommissare des Reichs in Preußen und ihre Amtstätigkeit hat. Es handelt sich vor allem darum, daß der Staatsrat und der Landtag wünschen, über den preußischen Haushaltsplan informiert zu werden, und daß Otto Braun, der diese Information und überhaupt die Vorlage des Haushalts vorzunehmen hat, auch bei der Aufstellung des Haushalts mitreden möchte, was ihm die Herren Kommissare verweigern.

Ueber die Unterhaltung ist nichts bekannt gegeben worden, woraus man wohl schließen kann, daß Otto Braun sich mit seinen Wünschen besser an andere Instanzen gewandt hätte, z. B. an die Arbeiterschaft, was wir ihm sowieso öfter geraten haben.

## 6 000 freigelassen.

Auf Grund der Amnestie sind in Preußen bis zum 4. Januar insgesamt 6073 Gefangene aus der Haft entlassen worden, und zwar im Bereich des Strafvollzugsamtes des Kammergerichtsbezirks 1013, des Oberlandesgerichts Bezirk Breslau 727, Düsseldorf 599, Hamm 867, Köln 458, Königsberg 523, Naumburg 522 und im Bereich der übrigen 1364.

Eine Zählung der eingestellten Verfahren hat bisher noch nicht stattgefunden.

# Weißt Du noch?

„Die ‚Eiserne Front‘ wird mit den kommunistischen Arbeitbrüdern zusammen dem ermordeten Klassengenossen das letzte Geleit geben. Und dieser Akt gemeinsamen Handelns... muß zu einer Kundgebung gegen die mordgierige Reaktion werden...“

„Die Einheitsfront wird einmal spontan von unten kommen, und dann wehe den Saboteuren, die um ein Partei-Linsengericht das Proletariat verraten!“

(Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Duisburg anlässlich der Beerdigung des ermordeten Kommunisten Biehoff am 25. Juni 1932.)

„Die Weltabrüstungskonferenz, die im Februar nächsten Jahres zusammentreten soll, wird ohne Zweifel einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte bedeuten. . . . Kann man wirklich annehmen, daß ohne Abrüstung der Friede aufrecht erhalten werden kann? Man müßte wahrlich kühn sein, wenn man wagen wollte, dies aufrichtig zu behaupten.“ (Sir Robert Cecil, der Vertreter Englands beim Völkerbund, im März 1931.)

Zu den 10 Millionen Toten des Weltkrieges kommen hinzu 8 Millionen Verstümmelte.

In Frankreich sind 741 883 Häuser zerstört worden. Da die Großstädte Europas durchschnittlich 30 000 Häuser umfassen, wären danach rund 24 solcher Städte zerstört worden.

Der Krieg hat insgesamt 780 Milliarden Goldmark gekostet, das ist das deutsche Volkseinkommen aus 12 Jahren guter Konjunktur.

Das Kriegsbudget der gesamten Erde beträgt heute rund 50 Milliarden Mark. Davon entfallen rund 50 Prozent auf die Vorbereitung neuer Kriege. Auf jeden Tag entfallen damit auf das Konto „Krieg“ rund 140 Millionen Mark.

Die Vertragspartner des Kellogg-Pakts „erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten“. Japan war unter den ersten Unterzeichnern — übrigens in der Person seines heutigen (!) Außenministers. Zu den Vertragspartnern gehören China und Sowjetrußland. Auch alle anderen Großmächte haben unterzeichnet.

Die Deutsche Luft-Hansa erhielt im Jahre 1932 17,3 Millionen Mark staatliche Beihilfe. Ihre Einnahmen betragen nur 35 Prozent der Beihilfe.

Was internationale Solidarität gegen den Krieg vermag: Die Transportarbeiter der umliegenden Staaten haben Ungarn, wo der weiße Terror wütete, während zehn Wochen des Jahres 1920 von jeder Zufuhr abgeschnitten. Das Angebot der österreichischen Unternehmer an österreichische Arbeiter, für jeden Waggon, den sie über die ungarische Grenze transportieren würden, einen vollen Jahreslohn zu zahlen, wurde mit Hohn zurückgewiesen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler. Berlin Anzeigen: R. Lippmann. Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin SW 19. Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH. Berlin SO 36. Elisabethufer 28/29

## Winterfest in einem Arbeiterkinderheim.

M. S. Das Weihnachtsfest hatten die Kinder schon vor einem Jahr abgesetzt.

Es war eine gute Aussprache, in der die Kinder das Fest begraben wollten und ein Teil der Erwachsenen es verteidigt. Die Erwachsenen waren zwar alle aus der Kirche ausgetreten, aber sie wollten die Feier nicht preisgeben, ohne etwas anderes, etwas Schönes und das Herz Bewegende an die Stelle zu setzen. Alle Argumente, die Freidenker bei dieser Gelegenheit hervorzuholen pflegten, wurden vorgebracht: daß Weihnachten ein Fest sei, das nicht erst die Christen eingeführt hätten; daß der tiefere Sinn dieses Festes, den Gedanken der Liebe an einem solchen Tage besonders in Erscheinung treten zu lassen, auch für diejenigen gilt, die der christlichen Kirche nicht angehören. Ganz sicher spielten bei Einigen auch Erinnerungen mit, die aus der eigenen Kinderzeit her dieses Lichterfest in einen besonders warmen Glanz erstrahlen ließen.

Aber die Kinder, aus aller Herren Länder, wie sie in dieser Arbeiter-Schule zusammen gekommen sind, vielfach aus einem politischen Milieu stammend, in dem die Tradition des Weihnachtsfestes längst erloschen ist, wurden durch dieses alles nicht gerührt. Sie hatten kein Verhältnis zum Tannenbaum, und die Erwachsenen fühlten deutlich, daß es sinnlos sei, künstlich etwas erhalten zu wollen, wo die Kinder nach anderen Formen und nach einem anderen Inhalt für ihre Freude suchten.

So wurde es denn eine dankbare Aufgabe, diesem Drängen nachzugeben und sich darauf zu besinnen, ob wir als Sozialisten und Erzieher einer freieren Jugend nicht etwas finden können, was unseren Ideen stärker entspricht als die Tradition germanischer oder christlicher Feste.

Die unmittelbare Anknüpfung an die Feiern der Arbeiterschaft, an die Maifeiern oder an revolutionäre Gedenktage, war nicht nur deswegen ausgeschlossen, weil dieses Fest die langen Wintermonate unterbrechen sollte; die innere Anteilnahme an den Festen der Erwachsenen ist, wenigstens bei jüngeren Kindern, naturgemäß durch etwas anderes bedingt als durch das, was die Herzen der Großen dabei erfüllt. Das Fahnentragen, das Mitmarschieren ist schön. Aber das wäre wahrscheinlich genau so schön, wenn alle in weißen Hosen und grünen Jacken als Mitglieder eines Schützenvereins daher marschierten.

Den ersten gesunden Anhaltspunkt für das Abhalten eines Festes boten die Kinder selber: sie wollten das Beschenken beibehalten.

Diese natürliche Freude, sich von Menschen, die einem nahestehen, beschenken zu lassen und selber auch zu geben mit den Mitteln, die man hat, reichte denn auch für die Vorbereitung des ersten „Ersatz-Festes“ aus. Aber dem Tag selber fehlte etwas, trotz allerlei Veranstaltungen, die den Kindern gefielen, und trotz des Versuchs, dem Tag ein eigenes Gepräge zu geben, wie es dem Sinn dieser Schule entspricht.

Was fehlte? Es fehlte die lebendige, tiefe Verbindung zu dem, was den Erziehern in ihrer Arbeit mit den Kindern vorschwebt und was diese Kinder gefühlsmäßig selber längst bejahen: die Zugehörigkeit zur Welt des Sozialismus, die besser aussehen soll als die heutige Ordnung; der Wille, das eigene Leben nicht in einer Umgebung zu führen, in der Mißhandlung, Mißachtung und das Recht des Stärkeren gelten, sondern in einer Gesellschaft, in der alle das gleiche Recht auf Leben und Freude haben. Die Kinder wissen es — weil sie es bereits erleben —, daß es noch andere Kämpfe, andere Not und andere Aufgaben gibt als nur die, in die Welt des Wissens einzudringen und sich gegenseitig in der Kinderkameradschaft beizustehen.

Sobald dieser Gedanke, die Verbundenheit der Schule mit dem Kampf für die Rechte der Unterdrückten, aufgefaßt war, hatte der Plan des Festes auch schon seinen Inhalt. Es galt nur noch auszuwählen zwischen einem Fest der Neger, der Chinesen, der Großstadtkinder oder einem Fest der Tiere. Es siegte der Gedanke, „das Fest der Tiere“ zu feiern, all der Geschöpfe, deren Freuden und Sorgen die Kinder jahraus, jahrein im Garten, auf der Wiese, im Bach, im Wald teilen, deren Abbildungen sie in Büchern und auf Karten bestaunen und deren Leben sie als Vegetarier achten. Als die Kinder-Kommission die Parole herausgab, war die Empfanglichkeit der Kameraden sofort wach, und wie selbstverständlich blieb der Gedanke im Vordergrund des ganzen Festes.

Es wurden zwei wunderschöne belebte Tage am Schluß des Jahres, von dem Augenblick an, wo das große Festprogramm, übersät mit leuchtenden Tierfiguren, am schwarzen Brett erschien, bis zu dem Gang im feuchten Nebel hinauf zum Feuerplatz am zweiten Abend, wo ältere Genossen den vier Schülergruppen die roten Fahnen übergaben, die an die Verbundenheit mit dem Kampf der Arbeiter erinnern.

Dreierlei haben diese Tage dem Freund der Kinder wieder zeigen können:

Einmal wie empfindsam das Gefühl dieser jungen Wosen auf all das reagiert, was mit der Welt des Schenkens verbunden ist. Das Kind steht nicht nur vor der Aufgabe, den Eindruck der Ungleichheit zu überwinden, der auch da noch seine quälende Macht ausübt, wo verständige Eltern bereits weitgehend „an Alle“ denken und ihre Sondergaben zurücktreten lassen; es spürt deutlich, wenn irgend einer mit einem Geschenk vorbeigreift, ein anderer mit richtigem Instinkt und

sicherem Schönheitssinn etwas schickt, das zu diesem Winterfest paßt wie der Vogelruf zum Frühling. All das geht wie Regen und Sonnenschein durch das Gemüt der Kinder und haftet oft länger, als man ahnt.

Der erste Tag mit dem Auspacken, Verteilen und Beschenken der Geschenke verlief dieses Mal trotz der Zufälle, die nicht ausblieben (und nie ausbleiben werden), in der leichten Atmosphäre von Heiterkeit und Freude, weil die innere Anteilnahme der Kinder stark von den persönlichen Erlebnissen abgelenkt war. Das gelang einmal durch all jene Programmpunkte, in denen sie selber eine Aufgabe lösten, wie die Eröffnung des Festes durch die kurze Rede, die einer von ihnen hielt, wie am Nachmittag das Annageln der Brutkästen auf schwankender Leiter, für all die Stare, die im Juni die Kirschen vertilgen werden, wie am zweiten Tag das Schauturnen, an dem alle, die Fünfjährigen und die Fünfzigjährigen nach Kräften beteiligt waren. Und es gelang andererseits dadurch, daß die Bedeutung dieses Tierfestes in einzelnen Augenblicken kraftvoll und rein in Erscheinung trat und dadurch alle immer wieder durch ein starkes Band einte. Die Tierdemonstration erweckte in ihnen noch ein anderes Gefühl als nur das des Vergnügens an all den bunt gemalten kleinen Holzfiguren, die in Reih und Glied mit roten Fahnen hinter einander herzogen; sie saßen still und glücklich vor den Lichtbildern, auf denen die ganze Schönheit der Tiere in Erscheinung trat. Und die Älteren unter ihnen lauschten aufmerksam, als ein Genosse am Feuer dieses Fest ein Fest der Freundschaft mit den Unterdrückten nannte und damit die Verbindung zeigte zu den Aufgaben, die sie als Kinder sozialistischer Eltern bereits verstehen, und für deren Erfüllung sie selber stark werden wollen.

Die Lust am Nehmen und Geben, die Freude an der Selbsttätigkeit und das Aufgeschlossensein für höhere Aufgaben, dieser Dreiklang hat dies Fest zu einem hellen Erlebnis für uns alle gemacht.

Wir haben in diesen Tagen nicht die Roheit und die Not vergessen, die heute herrschen, und die vor allem die Arbeiter, deren Kinder und die Tiere bedrücken. Das Leben der Tiere stand dieses Mal im Vordergrund, im nächsten Jahr wollen sie das Fest der schwarzen Genossen feiern — alles selbstverständlich, wie es durch die Umstände bedingt war, innerhalb der Grenzen eines kindlichen Festes. Aber dieses einfache und heitere Treiben war doch kein bloßes Spiel, kein bloßes Produkt freundlicher Einfälle

— hinter ihm stand eine Wahrheit: Achtung und Liebe zu denen, die sonst mißachtet werden.

Das machte diese Tage zu einem guten und verheißungsvollen Anfang; sie zeigten, wie auf dem Terrain der sozialistischen Weltanschauung eigene Kraft und eigenes Leben sich entfalten können.

# Vom Margarine-Kriegsschauplatz.

## Eine Woche Kriegshandlungen.

„Noch vor Weihnachten“, so hatte die Reichsregierung versprochen, sollten die neuen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft bekanntgegeben werden. Die Regierung entledigte sich dieses Versprechens, indem sie eine Verordnung vom 23. Dezember datierte und sie Ende des Jahres bekanntgab. Die Verordnung ist unter dem Namen „Margarine-Verordnung“ bekannt, obgleich durch sie manches andere geregelt wird.

Durch diese Verordnung wird die Margarine-Industrie der Reichsregierung vollständig ausgeliefert: Die Regierung darf die Margarine-Produktion zwangsweise einschränken, darf die Beimischung von Butter, Talg und Schmalz verordnen. Sie hat dabei freie Hand; denn die Notverordnung enthält keine Zahlenangaben, auch nicht über die beizumischenden Butterprozent. — Soweit man bisher hört, ist die Beimischung von 15 000 Tonnen Butter jährlich geplant (die Margarine-Produktion beträgt jährlich etwa 450—500 000 Tonnen).

Wohin der Hase läuft — genauer: *schleicht* —, ergibt sich nun auch aus der nicht dementierten Nachricht über die Absicht, zur Lieferung der beizumischenden Butter eine „besondere Stelle“ zu bestimmen. Gedacht ist wohl an einige Verkaufsverbände von Molkereigenossenschaften, die seit einigen Jahren vom Staat reich subventioniert worden sind. Dem Ankauf von 15 000 Tonnen Butter auf dem freien Markt stehen nicht die geringsten technischen Schwierigkeiten entgegen. Die Schaffung einer besonderen Lieferungsorganisation erscheint also vorläufig unnötig, wenn man sich nicht klar macht, wozu die ganze Organisation der Fettwirtschaft dienen soll. Gerade die Absicht, zur Beschaffung von Butter eine besondere Organisation zu schaffen, spricht sehr für unsere bereits Ende vorigen Jahres gegebene Deutung der Margarine-Notverordnung:

**Der kluge Mann baut vor, auch der kluge General, der sich an den Fettmangel in Deutschland während des Weltkrieges erinnert.**

Außer der Bekanntmachung der Verordnung hat die Regierung in dieser fettigen Angelegenheit bisher nach außen sichtbar nichts geleistet, als an die Margarine-Industrie Fragebogen zu verschicken, Telegramme und Proteste von allen Seiten entgegenzunehmen und sie teilweise zu beantworten.

Vor uns liegen zehn Telegramme von Landbund-Organisationen an den Reichskanzler, offenbar eine bestellte Arbeit. Sie enthalten Appelle an die Tatkraft der Reichsregierung, erregte Worte über „unverständliche Tatenlosigkeit“, die Mahnung an die „sofortige Einlösung feierlicher Versprechen von Reichspräsident und Reichsregierung“. In einem Telegramm wird die Forderung der „völligen Buttereinfuhrsperrre“ erhoben. In einem anderen werden Arbeiterentlassungen angedroht. Die Mecklenburger Großagrarien benutzen die Gelegenheit, um ein „Vollmoratorium für die Landwirtschaft“ (die völlige Einstellung der Zahlungen) als unerlässlich zu bezeichnen. Der Allgäuer Bauernbund fordert „dringend sofortigen Verwendungszwang einheimischer Käse“ (soll jeder deutschen Mahlzeit künftig eine bestimmte Menge Käse beige-mischt werden?). Der Landbund Anhalt telegraphiert: „Freiheit und Brot wachsen auf einem Halm.“

Der Landbund bereitet sichtlich einen Druck nicht nur auf die Verhandlungen mit der Margarine-Industrie, sondern auch auf die noch viel wichtigeren bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen vor.

Darum protestiert auch die „andere Seite“. Der Hamburger Senat ist dort der Wortführer und weist den Reichskanzler auf die Gefahr hin, die sich für den deutschen Außenhandel aus dem fast gleichzeitigen Ablauf und der Kündigung einer Reihe wichtiger Handelsverträge in der nächsten Zeit ergebe. — Was für die Großagrarien eine großartige Aussicht ist auf Durchführung hochgesteckter Ziele, ist in der Tat für alle übrigen eine große Gefahr. Und es ist bedauerlich, daß sie hinter dem Margarine-Krieg in der Öffentlichkeit zur Zeit zurücktritt.

Der Margarine-Verband veröffentlichte in einer Reihe großer Zeitungen halbseitige Anzeigen, in denen es hieß: „In der Öffentlichkeit werden Meldungen verbreitet, die den Eindruck erwecken, daß seitens des Ernährungsministeriums mit der Margarine-Industrie Verhandlungen zur Durchführung der Verordnung über Butterbeimischung gepflogen worden seien. Wir sind der Öffentlichkeit die strikte Erklärung schuldig, daß in keinem Zeitpunkt seitens der Industrie die Butterbeimischung als empfehlenswert oder durchführbar bezeichnet worden ist. Das Gegenteil ist der Fall.“ — In der Anzeige wird die Verteuerung der Margarine als eine „absolute Notwendigkeit“ bezeichnet; darüber seien dem Ernährungsministerium schon vor drei Monaten Berechnungen übergeben worden.

Die Regierung antwortete: „Vertreter des Margarine-Verbandes, der nicht nur den holländisch-englischen Margarine-Konzern sondern auch die wenigen konzernfreien Margarinefabriken umfaßt, sind seit dem Herbst 1932 wiederholt im Reichs Ernährungsministerium empfangen worden vor Erlaß der Notverordnung, und zwar am 18. Dezember 1932 auch durch den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft persönlich; sie haben zwar gewisse Bedenken gegen die beabsichtigte Regelung geäußert, sich aber zur Mitarbeit bereit-erklärt und in Aussicht gestellt, nach Weihnachten schriftliche Vorschläge für die Durchführung der Butterbeimischung und der beabsichtigten Produktionskontingentierung einzureichen.“

Die Regierung behauptet in ihrer Antwort ferner, sie sei der Auffassung, daß bei gutem Willen der Beteiligten sich eine Regelung der Butterbeimischung finden lassen müsse, die eine Verteuerung der für den Konsum der breiten Massen bestimmten Margarine ausschließt.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte als Antwort eine Zuschrift von industrieller Seite, die mit folgender Feststellung beginnt.

„Die amtliche Verlautbarung zum Butterbeimischungszwang enthält grobe Irrtümer und Unrichtigkeiten. Sie besagt z. B., daß 1913 etwas mehr als die Hälfte der Margarinerohstoffe tierische Fette gewesen seien. Die Margarineproduktion belief sich 1913 auf 240 000 Tonnen gleich einem Rohstoffbedarf an Fetten von 200 000 Tonnen. Nach den Feststellungen des Enqueteausschusses waren hiervon 70 000 bis 85 000 Tonnen tierische Fette, der Rest entfiel auf pflanzliche Öle und Fette, d. h. die tierischen Fette hatten einen Anteil von 35 bis 42½ Prozent! Die amtliche Verlautbarung gibt den früheren Verbrauch an tierischen Fetten in einem Zusammenhang an, aus dem der nicht sachkundige Leser schließen muß, daß diese Tierfette der inländischen Erzeugung entstammten. Der Enqueteausschuß hat aber festgestellt, daß nur 15 000 bis 25 000 Tonnen durch inländische Tierfette gedeckt sein können, während der Rest der Tierfette in Gestalt von Neutrallard, Oleomargarin und Premierjus eingeführt wurde.“

Sollte der Regierung der eingehende Bericht des Enqueteausschusses über die Margarineindustrie unbekannt geblieben sein?“

Diese Zuschrift enthält ausführliche Berechnungen, auf Grund deren behauptet wird, daß die Verteuerung der Margarine durch Butterbeimischung auch bei künftiger Verwendung billigerer Rohstoffe nicht ausgeglichen werden könne; die billigste Konsum-Margarine, die heute 25 Pfennig pro Pfund kostet, werde um 6 Pfennig, also um etwa 25 Prozent verteuert werden. — Ob's stimmt? Die Interessenten hüben und drüben bleiben wohl kaum bei der Wahrheit.

Die Kriegshandlungen auf dem Margarine-Schauplatz sind noch nicht abgeschlossen. Nochmals: Es geht hier nicht in erster Linie um das *Ranzigwerden* oder *Nichtranzigwerden* von Margarine, auch nicht in erster Linie um den *Preis* der Margarine, sondern um eine *Maßnahme zur planmäßigen Vorbereitung des „Durchhaltens“ im nächsten Krieg.* Rpt.

## Das Stiefkind der deutschen Regierungen: Die Siedlung.

Von amtlicher Stelle wurde mitgeteilt, im Jahre 1931 seien 9000 Siedlerstellen errichtet worden, — bisherige Höchstleistung! Unter diesen Stellen befindet sich eine Anzahl von Kleinstellen, die mehr den Charakter von Wohnsiedlungen als den von landwirtschaftlichen Siedlungen tragen. Ferner ist eine große Anzahl von Stellen mitgezählt worden, deren Finanzierung aus Reichsmitteln erst im Jahre 1932 erfolgte.

Die endgültigen Ziffern für 1932 stehen noch nicht fest. Nach den bisher vorliegenden Erhebungen wurden 1932 nur etwa 7000 Siedlerstellen geschaffen.

### Die Stimme der ewig Unzufriedenen.

Die Stellung der verwöhnten Ostelbier zur Siedlungsfrage ergibt sich aus einer Verhandlung in der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen von Ende November: „Unter allen Umständen“, so heißt es in einer einstimmig angenommenen Resolution, müsse die Aufsiedlung verhindert werden. Die Regierung habe „unzweideutig“ zu erklären, daß sie nicht auf der Durchführung derartiger Absichten bestehe. Eine neue Entschuldungsaktion für den überschuldeten und nach allen bisher gewährten Hilfen noch nicht als sanierungsfähig zu betrachtenden Großbesitz müsse einsetzen.

### Korruptionssumpf.

Wenn trotzdem, etwa zur gleichen Zeit als diese Resolution in Königsberg beraten wurde, das Reichslandwirtschaftsministerium mitteilen ließ, daß bereits 75 000 Hektar siedlungsfähiges Land bereitgestellt worden seien, so braucht das die Junker nicht zu beunruhigen. Denn hier handelt es sich vorwiegend um Land, das von Gütern zu so hohen Preisen abgetreten wird, daß mit dem Erlös das Restgut saniert werden kann.

Es braucht die Junker auch nicht zu beunruhigen, daß Herr von Schleicher in Aussicht stellte, in Ostpreußen sollen rund 20 000 Hektar, in der Grenzmark rund 25 000 Hektar, in Pommern 70 000 Hektar und in Mecklenburg 30 000 Hektar Land besiedelt werden. Denn Schleicher ließ es ganz offen, in welchem Zeitraum die Besiedlung vorgenommen werden soll.

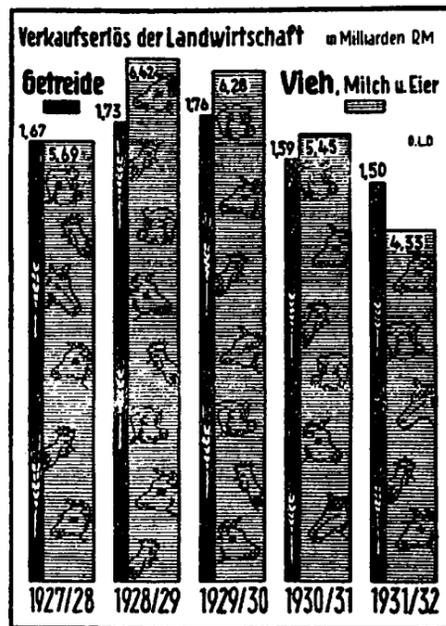
Und in der Tat gibt es heute — trotz der Schleicherschen Ankündigung von Mitte Dezember — kein Siedlungsland. Warum?

Von Rechts wegen müßten diejenigen Güter, die nicht „entschuldungsfähig“ sind, aus dem „Sicherungsverfahren“ ausscheiden, und die zuständigen Landschaften und Hypothekenbanken müßten diese Güter zur Zwangsversteigerung bringen; das Land würde auf diesem Wege der Siedlung zugeführt.

Nichts von alledem geschieht! Obwohl feststeht, daß die ostdeutschen Landschafts-Institute nicht in der Lage sind, den Zinsendienst für ihre Schuldverschreibungen weiter zu leisten, weil zahlreiche von ihnen mit Hypotheken versehene Betriebe im Osten seit Jahr und Tag ihre Zinsen nicht mehr bezahlen, — obwohl diese Lage der ostdeutschen Landschafts-Institute feststeht, wird im „Reichsanzeiger“ verkündet, daß unter anderem alle preußischen Landschaften in der Lage seien, ihre Schuldverschreibungen weiter zu verzinsen. Man staunt! Das Reichsfinanzministerium leistet hier den ostelbischen Junkern wie gewöhnlich eine Hilfestellung, diesmal auf dem Umwege über die Landschaften. Die Landschaften erhalten „Subventions-Kredite“, damit sie ihre fälligen Zinsen weiter bezahlen können, ohne die heruntergewirtschafteten Krautjunkern dem Konkursverwalter auszuliefern.

Aber nicht genug damit: Ist eine Zwangsversteigerung einmal gar nicht vermeidbar und erwirbt in solchen Fällen eine Siedlungsgesellschaft den überschuldeten Betrieb, so ver-

## Folgen der Großagrarien-Politik.



Unser Schaubild stellt den Verkaufserlös der Landwirtschaft als ganzes genommen gegenüber den Nichtlandwirten dar, enthält also nicht die Verkäufe von Landwirten an Landwirte. Der Erlös aus Vieh und Viehprodukten ist trotz größerer Verkaufsmengen während zwei Jahren von 6.3 auf 4.3, also um 2 Milliarden Mark gesunken, gleichzeitig ist der Erlös aus Getreide von 1½ auf 1¼ Milliarden Mark gesunken, also um eine Viertel-Milliarden Mark. Während der Erlös aus Viehprodukten um rund ein Drittel gefallen ist, ist der Erlös aus Getreide nur um etwa ein Siebtel gesunken.

Wer vom Mond oder aus einem fernen Lande nach Deutschland käme und die ungeschriebenen und trotzdem heute gültigen Verfassungsparagraphen zur Kenntnis genommen hätte, insbesondere den: „Alle Staatsgewalt geht — in Agrarfragen — von den Großagrariern aus“, — der wüßte ohne weiteres: Getreide, das ist ein Produkt, an dessen Preis die Junker interessiert sind; Vieh und Viehprodukte werden vor allem von den Bauern verkauft. H. H.

## Die Siedlung.

langen die Landschaften, die den adligen Schuldner nur mit Glacé-Handschuhen angefaßt haben, von der Siedlungsgesellschaft die bare Auszahlung des Darlehns. Erwirbt hingegen ein Verwandter des bisherigen Gutsbesitzers das Gut in der Zwangsversteigerung, dann beläßt man ihm den landwirtschaftlichen Kredit zur — „Familiensanierung“.

So handelt nicht etwa nur die unter dem Einfluß kapitalistischer Behörden stehenden Landschaften, so handelt — was viel schlimmer ist — auch die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung. Diese besitzt — nach Angaben des „Berliner Tageblattes“ — 166 Millionen Mark Agrarhypothesen; darunter befinden sich eine Reihe von Hypotheken auf nicht sanierungsfähige Großbetriebe. Es ist ein Skandal, daß die mit Angestellten-Einkommen wirtschaftende Reichsanstalt fast mit denselben Methoden arbeitet wie die Landschaften und daß die Aufsichtsbehörde solchen Methoden tatenlos zusieht.

### Trostlose Zukunft.

Unter diesen Umständen sieht die Zukunft für die Siedlung recht trostlos aus. Zur Zeit befindet sich in den Händen von Siedlungsgesellschaften ein Landvorrat von ungefähr 40 000 Hektar. Ein Tropfen auf einen heißen Stein, wenn man bedenkt, daß darauf nur 3000 bis 4000 Stellen errichtet werden können und es in Deutschland zur Zeit 6 bis 7 Millionen Arbeitslose gibt. Und selbst mit diesem geringen Landvorrat können die Siedlungsgesellschaften nur etwas anfangen, wenn ihnen für die Siedlung Kredite zur Verfügung stehen. Mit den Krediten hapert es aber leider sehr.

Im ganzen kann man sagen: Wahrhaftig, eine stiefmütterliche Behandlung, nicht der Großagrarien, sondern der Siedlung! Diese Behandlung hat zum Zweck, daß das Sorgenkind der deutschen Regierungen, das Großgrundeigentum, leben kann.

Nur eine günstige Nachricht liegt uns neben diesem Wust von übelstem Egoismus und Korruption vor: In Ober- und Niederschlesien werden danach der Siedlung insgesamt ungefähr 30 000 Hektar Land zugeführt. Die Hypothekenbanken haben sich bereit erklärt, ihre Hypotheken auf denjenigen Gütern stehen zu lassen, die der Siedlung zugeführt werden. — Hoffentlich wird hier nicht — wie in vielen Fällen — die Sabotage der Siedlung dadurch betrieben, daß die laufenden Sicherungsverfahren von den zuständigen Landstellen nicht abgeschlossen werden. Bey.

### SPANIEN

Landarbeiter wirken bei der Agrarreform mit. Das in Nr. 256 beschriebene Dekret über die Gründung des Instituts zur Durchführung der Agrarreform ist inzwischen in folgendem wichtigen Punkt geändert worden: Als Beisitzer im Verwaltungsrat (Vorsitzender: der Landwirtschaftsminister) waren bisher nur zwei Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeiter vorgesehen; es sollen nunmehr sechs Vertreter hinzugezogen werden. Für die Generalversammlung (Vorsitzender: der Ministerpräsident) werden als Beisitzer auch Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeiter bestimmt, und zwar je einer für die vom Gesetz betroffenen Provinzen.

### UNGARN

Folgen des landwirtschaftlichen Moratoriums: Die Interessenvertretung der ungarischen Landwirte bezeichnet es als „drückend und nachteilig“, daß infolge des landwirtschaftlichen Moratoriums die Kreditfähigkeit der ungarischen Landwirte überhaupt aufgehört hat; nicht einmal Großgrundeigentümer, die vollkommen schuldenfrei dastehen, vermögen auch nur den geringsten Kredit zu erhalten. — Überall dieselben Torheiten! Überall dieselben Wirkungen!